

Arbeiter selbst von Kindesbeinen an in den Teil einer Teilmaschine zu verwandeln" (Marx).² Und nicht nur die Arbeiter, auch die die Arbeiter direkt oder indirekt ausbeutenden Klassen werden vermittelt der Teilung der Arbeit geknechtet unter das Werkzeug ihrer Tätigkeit; der geistesöde Bourgeois unter sein eignes Kapital und seine eigne Profitwut, der Jurist unter seine verknocherten Rechtsvorstellungen, die ihn als eine selbständige Macht beherrschen; die „gebildeten Stände“ überhaupt unter die mannigfachen Lokalborniertheiten und Einseitigkeiten, unter ihre eigne körperliche und geistige Kurzsichtigkeit, unter ihre Verkrüppelung durch die auf eine Spezialität zugeschnittne Erziehung und durch die lebenslange Fesselung an diese Spezialität selbst – auch, dann, wenn diese Spezialität das reine Nichtstun ist.

273 Indem sich die Gesellschaft zur Herrin der sämtlichen Produktionsmittel macht, um sie gesellschaftlich planmäßig zu verwenden, vernichtet sie die bisherige Knechtung der Menschen unter ihre eignen Produktionsmittel. Die Gesellschaft kann sich selbstredend nicht befreien, ohne daß jeder einzelne befreit wird. Die alte Produktionsweise muß also von Grund aus umgewälzt werden, und namentlich muß die alte Teilung der Arbeit verschwinden. An ihre Stelle muß eine Organisation der Produktion treten,

274 in der einerseits kein einzelner seinen Anteil an der produktiven Arbeit, dieser Naturbedingung der menschlichen Existenz, auf andre abwälzen kann; in der andererseits die produktive Arbeit, statt Mittel der Knechtung, Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu betätigen, und in der sie so aus einer Last eine Lust wird.

Dies ist heute keine Phantasie, kein frommer Wunsch mehr. Bei der gegenwärtigen Entwicklung der produktiven Kräfte genügt schon diejenige Steigerung der Produktion, die mit der Tatsache der Vergesellschaftung der Produktivkräfte selbst gegeben ist, die Beseitigung der aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Hemmungen und Störungen, der Vergeudung von Produkten und Produktionsmitteln, um bei allgemeiner Teilnahme an der Arbeit die Arbeitszeit auf ein nach jetzigen Vorstellungen

276

Nur eine Gesellschaft, die ihre Produktivkräfte nach einem einzigen großen Plan harmonisch ineinandergreifen läßt, kann der Industrie erlauben, sich in derjenigen Zerstreuung über das ganze Land anzusiedeln, die ihrer eignen Entwicklung und der Erhaltung resp. Entwicklung der übrigen Elemente der Produktion am angemessensten ist.

Die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land ist hiernach nicht nur möglich. Sie ist eine direkte Notwendigkeit der industriellen Produktion selbst geworden, wie sie ebenfalls eine Notwendigkeit der Agrikulturproduktion und obendrein der öffentlichen Gesundheitspflege geworden ist. Nur durch Verschmelzung von Stadt und Land kann die heutige Luft-, Wasser- und Bodenvergiftung beseitigt, nur durch sie die jetzt in den Städten hinsiechenden Massen dahin gebracht werden, daß ihr Dünger zur Erzeugung von Pflanzen verwandt wird, statt zur Erzeugung von Krankheiten.

288

Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der Zeit. Ebenso wenig wie es der Chemie einfallen würde, die Atomgewichte auch dann auf dem Umwege des Wasserstoffatoms relativ auszudrücken,

Anti-Dühring · Dritter Abschnitt: Sozialismus

sobald sie imstande wäre, sie absolut, in ihrem adäquaten Maß auszudrücken, nämlich in wirklichem Gewicht, in Billiontel oder Quadrilliontel Gram. Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werte zu. Sie wird die einfache Tatsache, daß die hundert Quadratmeter Tuch meinetwegen tausend Arbeitsstunden zu ihrer Produktion erfordert haben, nicht in der schießenden und sinnlosen Weise ausdrücken, sie seien tausend Arbeitsstunden wert. Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten „Werts“.

289 Der Wertbegriff ist der allgemeinste und daher umfassendste Ausdruck der ökonomischen Bedingungen der Warenproduktion. Im Wertbegriff ist daher der Keim enthalten, nicht nur des Geldes, sondern auch aller weiter entwickelten Formen der Warenproduktion und des Warenaustausches. Darin, daß der Wert der Ausdruck der in den Privatprodukten enthaltenen gesellschaftlichen Arbeit ist, liegt schon die Möglichkeit der Differenz zwischen dieser und der im selben Produkt enthaltenen Privatarbeit. Produziert also ein Privatproduzent nach alter Weise weiter, während die gesellschaftliche Produktionsweise fortschreitet, so wird ihm diese Differenz empfindlich fühlbar. Dasselbe geschieht, sobald die Gesamtheit der Privatanfertiger einer bestimmten Warengattung ein den gesellschaftlichen Bedarf überschießendes Quantum davon produziert. Darin, daß der Wert einer Ware nur in einer andern Ware ausgedrückt und nur im Austausch gegen sie realisiert werden kann, liegt die Möglichkeit, daß der Austausch überhaupt nicht zustande kommt oder doch nicht den richtigen Wert realisiert. Endlich, tritt die spezifische Ware Arbeitskraft auf den Markt, so bestimmt sich ihr Wert, wie der jeder andern Ware, nach der zu ihrer Produktion gesellschaftlich nötigen Arbeitszeit. In der Wertform der Produkte steckt daher bereits im Keim die ganze kapitalistische Produktionsform, der Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern, die industrielle Reservearmee, die Krisen.

Ergänzend sollen noch einige Textauszüge von Marx aufgeführt werden, die sich auf eine Darstellung der Pariser Kommune von 1871, des ersten historischen Versuchs einer sozialistischen Revolution, beziehen. Obwohl diese Revolution bereits nach wenigen Monaten scheiterte (1), erkannte Marx in ihr Ansatzpunkte für die Richtung, in die sich eine nachkapitalistische Gesellschaft entwickelt könnte. Aus den Äußerungen von Marx zur Pariser Kommune kann demnach indirekt auch geschlossen werden auf Marxens eigene Vorstellungen bezüglich einer nachkapitalistischen Gesellschaft. - Die folgenden Textstellen beziehen sich - ergänzend zu den obigen Auszügen von Engels - vor allem auf die politischen Entscheidungsstrukturen und die Rolle des Staates.

339 ... Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller andern Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst. Die öffentlichen Ämter hörten auf, das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt.

Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen; sie dekretierte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren. Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgesandt, um dort, nach dem Bilde ihrer Vorgänger, der Apostel, sich von dem Almosen der Gläubigen zu nähren. Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staats und der Kirche gereinigt. Damit war nicht nur die Schulbildung für jedermann zugänglich gemacht, sondern auch die Wissenschaft selbst von den ihr durch das Klassenvorurteil und die Regierungsgewalt auferlegten Fesseln befreit.

Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, die nur dazu gedient hatte, ihre Unterwürfigkeit unter alle aufeinanderfolgenden Regierungen zu verdecken, deren jeder sie, der Reihe nach, den Eid der Treue geschworen und gebrochen hatten. Wie alle übrigen öffentlichen Diener, sollten sie fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.

1) Die Pariser Kommune wurde von der französischen Bourgeoisie blutig unterdrückt, übrigens mit Hilfe von Bismarcks Truppen, die noch im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 gegen Frankreich gekämpft hatten und sich nun auf die Seite der französischen Bourgeoisie stellten, um den gemeinsamen Klassengegner, das Proletariat, zu bekämpfen! Siehe hierzu im einzelnen: Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW 17, S. 319 - 362.)

340

Die Pariser Kommune sollte selbstverständlich allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen. Sobald die kommunale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die alte zentralisierte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Produzenten weichen müssen. In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfs sein, und daß das stehende Heer auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äußerst kurzer Dienstzeit ersetzt werden sollte. Die Landgemeinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wie der Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein. Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrigblieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d.h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden.

Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.

342

Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, daß sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.

D. Die Problematik der sog. ursprünglichen sozialistischen Akkumulation

Während wir in Teil C. in erster Linie hypothetische Überlegungen über mögliche Alternativen zur kapitalistischen Produktionsweise angestellt haben, ohne dabei Bezug zu nehmen auf die konkrete historische Ausgangssituation eines Landes, wollen wir uns im folgenden auseinandersetzen mit den Problemen des Übergangs von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Gesellschaft. Diese Probleme wollen wir vor allem im Hinblick auf die konkrete Ausgangssituation in Rußland zur Zeit der Oktoberrevolution 1917 diskutieren, ohne daß wir im Rahmen dieses Teils auf historische Einzelheiten eingehen können. (Siehe hierzu im einzelnen: Richard Lorenz: Sozialgeschichte der Sowjetunion I, 1917 - 1945, suhrkamp 654, Frankfurt 1976).

Wichtig für unseren Zusammenhang ist die Tatsache, daß - entgegen den Annahmen von Marx - die erste siegreiche sozialistische Revolution nicht stattfand in einem hochentwickelten kapitalistischen Industrieland, sondern in einem ökonomisch in weiten Bereichen außerordentlich rückständigen Land.

I. Zur historischen Ausgangssituation der russischen Revolution

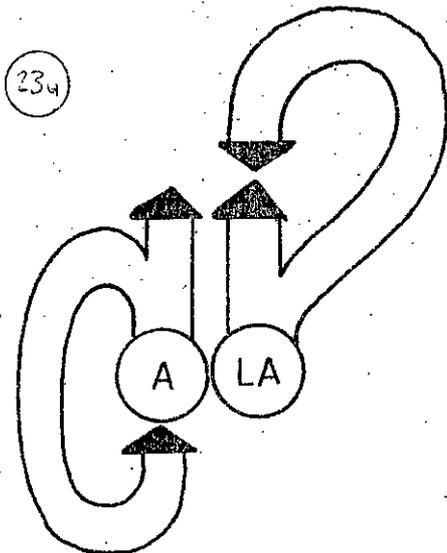
Die ökonomische Struktur in Rußland war weitgehend geprägt durch eine rückständige Landwirtschaft, der überwiegende Teil der Bevölkerung waren Bauern. Der geringe Anteil der Industrie wies allerdings - unter dem Einfluß westlicher Kapitalimporte - bereits einen relativ hohen Grad an Konzentration und Zentralisation und eine auch im Vergleich zur westlichen Industrie hohe Produktivität auf. Der zahlenmäßige Anteil der Industriearbeiterschaft war zwar gering, aber durch ihre Zusammenballung in Großunternehmen und industriellen Ballungszentren waren die Voraussetzungen für einen hohen Organisationsgrad relativ günstig. Die relativ fortgeschrittene Entwicklung von Einzelkapitalen konnte aber - eben aufgrund des außerordentlich geringen Anteils der Industrie am Gesamtprodukt - an der ökonomischen Rückständigkeit des Landes insgesamt nichts ändern. Eine innere Kapitalakkumulation hatte insofern praktisch kaum stattgefunden, und auch einen Prozeß, der dem der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation vergleichbar gewesen wäre, hatte es in Rußland nicht gegeben.

Angesichts der zahlenmäßig geringen Stärke der Arbeiterklasse bestand die Strategie der Bolschewiki darin, die Bauern als Bündnispartner für den Sturz des Zarismus und für die Durchführung der Revolution zu gewinnen. Während unter dem Zarismus der Großgrundbesitz vorherrschte, erhofften sich die Bolschewiki die Unterstützung durch die Bauern, indem sie für die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Verteilung des Landes an die kleinen Bauern kämpften. Ohne eine Unterstützung durch die Masse der Bauern - so die Bolschewiki - wäre eine Revolution von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Dadurch allerdings, daß deren Unterstützung mit dem Versprechen auf *p r i v a t e n* bauerlichen Kleinbesitz erkaufte wurde, war die sozialistische Revolution von Anfang an mit einer hohen Hypothek belastet: Während es im industriellen Bereich gerade um die Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln zugunsten einer Vergesellschaftung ging, wurde in der Landwirtschaft in gleichem Zug das Privateigentum auf breitester Ebene, d.h. für die breiten Massen eingeführt. Dieser widersprüchliche Charakter der Oktoberrevolution (einerseits sozia-

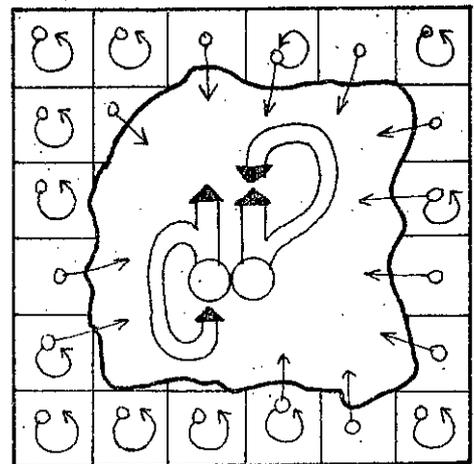
listische und andererseits bürgerliche Revolution zu sein) ist von eminenter Bedeutung für die Dynamik der historisch-ökonomischen Entwicklung in der Sowjetunion. (Siehe zu dieser Problematik Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, Werke 4, insbes. S. 342 - 345)

Für uns ist wichtig festzuhalten, daß auch nach der politischen Machtergreifung der Bolschewiki durch die Oktoberrevolution keineswegs das Privateigentum an Produktionsmitteln mit einem Schlag abgeschafft, sondern im Gegenteil für die breite Masse der Bauern erst geschaffen wurde. Darüberhinaus muß berücksichtigt werden, daß auch im Bereich der Industrie und des Handels eine Sozialisierung sich nicht mit einem Schlag vollzieht, sondern zuerst nur einige relevante Bereiche umfassen wird, die besonders hoch konzentriert und zentralisiert sind und von daher einer gesamtgesellschaftlichen Planung am ehesten zugänglich sind. - Die politische Machtergreifung des Proletariats bzw. der sie führenden Organisation schafft also allenfalls die notwendigen Voraussetzungen für eine Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln, ist aber noch nicht damit gleichzusetzen. Vielmehr existieren unterschiedliche Eigentumsformen nebeneinander und stehen zu einander in Widerspruch. Im konkreten Fall Rußlands existierte nicht nur der Widerspruch zwischen privater Landwirtschaft und sozialisierter Industrie, sondern auch innerhalb der Industrie gab es den Widerspruch zwischen den bereits sozialisierten Teilen und den noch privatkapitalistischen Teilen. Dazwischen schoben sich noch privater Handel bzw. private einfache Warenproduktion.

Das Nebeneinander sozialistischer und kapitalistischer Eigentumsformen innerhalb eines Landes wollen wir durch Abb.23a darstellen - und zwar unter Rückgriff auf früher verwendete Symbole (Abb.4 und 14b). Abb. 23b stellt darüberhinaus auch noch die Existenz einfacher Warenproduktion sowie von Naturalwirtschaft dar (vgl. B.Senf: Didaktik der Mehrwerttheorie S.9 bzw. S.73).



23a



23b

Die im Bereich des Kapitalverhältnisses stattfindende Akkumulation wäre nach wie vor als Kapitalakkumulation zu bezeichnen, diejenige im sozialisierten Bereich hingegen als "sozialistische Akkumulation".

Die Diskussion um Probleme der sozialistischen Akkumulation fiel in der Sowjetunion in den 20er Jahren in eine Phase, die gekennzeichnet war durch enorme Rückschläge beim Versuch des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft. Nicht nur war die erwartete Unterstützung durch sozialistische Revolutionen im Westen ausgeblieben; die sozialistische Regierung mußte sich vielmehr einem mit großen Opfern verbundenen Friedensvertrag (Brest-Litowsk) unterwerfen, das Land wurde von innen her durch einen zermürbenden Bürgerkrieg geschwächt, und der Aufbau des Sozialismus wurde von außen durch militärische Interventionen einer Reihe kapitalistischer Industrienationen existenziell bedroht. Während und nach dieser Phase stand Rußland Anfang der 20er Jahre vor dem ökonomischen Ruin und war von Hungersnöten gezeichnet.

In dieser Phase äußerster Not nahmen die Bolschewiki, um die Hungersnöte zu mindern, Zuflucht zu Zwangsmaßnahmen gegenüber den Bauern, deren Lebensmittel schließlich gewaltsam eingetrieben wurden (Zwangsrequirierung), wodurch ein gewaltiges Widerstandspotential auf Seiten der Bauern geschaffen wurde. Unter solchen Bedingungen war es eine Überlebensfrage der sozialistischen Regierung, ob es gelingen konnte, den ökonomischen Zusammenbruch zu überwinden. (Siehe hierzu im einzelnen: R. Lorenz: Sozialgeschichte..., S. 94 - 120) - Diese wenigen Andeutungen können selbstverständlich eine Auseinandersetzung mit der konkreten historischen und ökonomischen Entwicklung der SU nicht ersetzen. Sie sollen lediglich dazu dienen, auf die ungeheuer schwierigen Ausgangsbedingungen hinzuweisen, mit denen die Bolschewiki bei dem Versuch des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft konfrontiert waren; Bedingungen, die größtenteils nicht von ihnen beeinflusst werden konnten und bezüglich derer man darüber diskutieren kann, ob sie voraussehbar gewesen wären.

II. Preobraschenski's Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation

Vor dem Hintergrund der hier nur kurz skizzierten historischen Situation entwickelte der russische Ökonom Preobraschenski seine Theorie von der "ursprünglichen sozialistischen Akkumulation", mit deren Grundgedanken wir uns im folgenden etwas eingehender auseinandersetzen wollen. Lassen wir Preobraschenski ausführlich zu Worte kommen:

1) Über den Unterschied zwischen ursprünglicher kapitalistischer und ursprünglicher sozialistischer Akkumulation

"Für das Verständnis der momentanen Phase der Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft ist es äußerst nützlich, einen systematischen Vergleich der ersten Schritte des Sozialismus und der ersten Schritte der kapitalistischen Produktionsweise durchzuführen. Dieser Vergleich ist äußerst lehrreich und erleichtert unsere ganze Analyse sehr. Sowohl die Ähnlichkeit als auch der Unterschied - die Unterschiede allerdings unvergleichlich viel mehr, als die Ähnlichkeiten - betonen die Besonderheiten des sowjetischen Wirtschaftssystems gut. - Fangen wir mit dem wichtigsten an, der eine Reihe von anderen bedingt.

Die kapitalistische Produktion entsteht und entwickelt sich im Schoß der feudalen, oder in der durch die Warenwirtschaft halb aufgelösten feudalen Gesellschaft, viele Jahrzehnte vor der bürgerlichen Revolution. Dies trifft in ganzem Umfang auf die Entwicklung des Handelskapitals und auf die unumgänglichen Vorstadien der kapi-

talistischen Produktion zu. Es bezieht sich auf die ersten Schritte der Manufaktur in England und auf die ersten Schritte der Maschinenindustrie auf dem Kontinent. Der Kapitalismus konnte seine Periode der ursprünglichen Akkumulation noch in der Periode des Absolutismus in der Politik, der einfachen Warenproduktion und der feudalistischen Leibeigenschaft in der Wirtschaft durchlaufen.

Die bürgerlichen Revolutionen beginnen, nachdem der Kapitalismus eine bedeutende Arbeit im Aufbau seines Systems auf dem Gebiet der Ökonomie geleistet hat. Die bürgerliche Revolution ist nur eine Periode im Prozeß der bürgerlichen Entwicklung, die lange vor ihr anfängt und nach ihr mit großer Geschwindigkeit andauert. Im Gegensatz dazu beginnt das sozialistische System seine Chronologie mit der Machtergreifung des Proletariats. Das rührt vom Wesen der sozialistischen Wirtschaft selbst her, die sich als einheitlicher Komplex nicht stückweise im Schoß des Kapitalismus aufbauen läßt. Während sich das kaufmännische Kapital in den Poren der feudalen Gesellschaft entwickeln konnte, während die ersten kapitalistischen Unternehmen funktionieren konnten, ohne in unversöhnlichen Widerspruch mit der bestehenden politischen Struktur und Besitzform zu kommen ..., kann der Komplex der staatlichen sozialistischen Produktion nur als Ergebnis eines Durchbrechens des alten Systems auf der ganzen Linie, nur als das Ergebnis einer sozialistischen Revolution auftreten. Diese Tatsache ist von ungeheurer Bedeutung für das Verständnis nicht nur der Genesis des Sozialismus, sondern auch des ganzen darauf folgenden Prozesses des sozialistischen Aufbaus." (E. Preobraschenski: Die neue Ökonomie, Moskau 1926, deutsch: Berlin 1971, S. 102f.)

FRAGEN ZUR BEARBEITUNG IN KLEINGRUPPEN (anhand der obigen Textstelle):
(Die Gruppen sollten unterschiedliche Fragen übernehmen und anschließend dem Plenum berichten.)

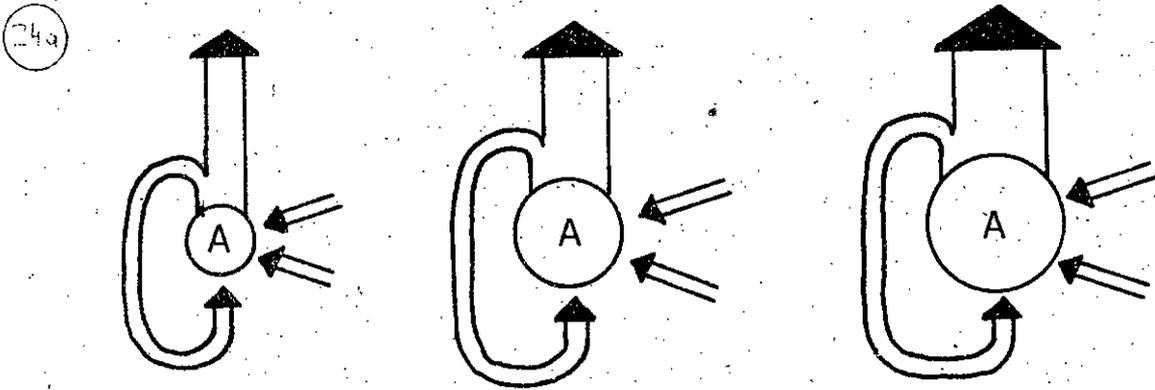
- 1) Wieso konnte sich die kapitalistische Produktionsweise bereits vor der bürgerlichen Revolution ansatzweise herausbilden?
- 2) Wieso sollte sich die sozialistische Produktionsweise nicht bereits im Schoß einer kapitalistischen Gesellschaft herausbilden können?
- 3) Worin bestand der Prozeß der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation?
- 4) Worin liegt der Unterschied zwischen der eigentlichen Kapitalakkumulation (Akkumulation von Mehrwert) und der ursprünglichen Akkumulation?

a) Sozialistische Akkumulation und ursprüngliche sozialistische Akkumulation

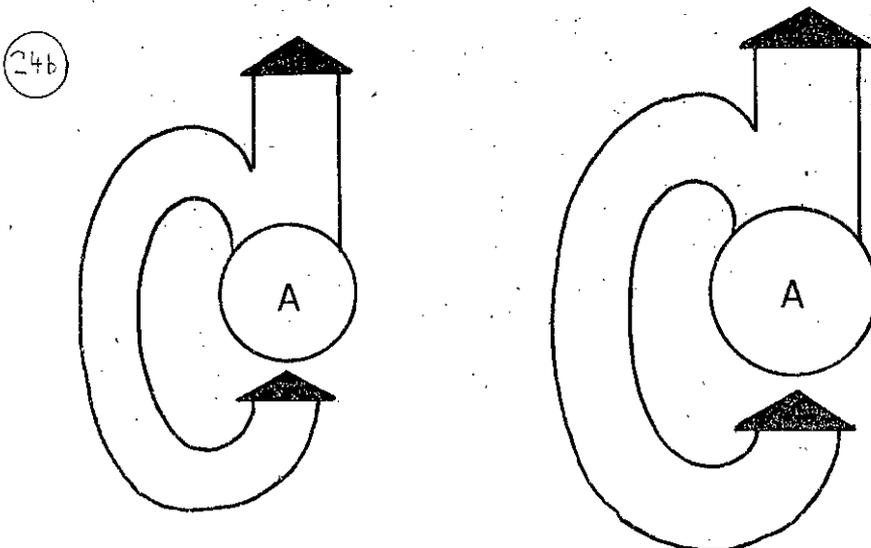
Ebenso wie Marx unterschieden hat zwischen (eigentlicher) Kapitalakkumulation und ursprünglicher Akkumulation des Kapitals (wobei erstere aus dem Kapitalverhältnis selbst entspringt und letztere aus anderen - äußeren Quellen gespeist wurde - vgl. DMWT S. 71-74), unterscheidet Preobraschenski zwischen "sozialistischer Akkumulation" und "ursprünglicher sozialistischer Akkumulation":

"Unter sozialistischer Akkumulation verstehen wir ein Mehrprodukt, das zu den im Betrieb befindlichen Produktionsmitteln hinzugefügt wird und das innerhalb der errichteten sozialistischen Wirtschaft geschaffen wurde und nicht als zusätzliche Zuteilung an die Mitglieder der sozialistischen Produktion und des sozialistischen Staates verwendet wird, sondern der erweiterten Reproduktion dient. Ursprüngliche sozialistische Akkumulation andererseits ist die Akkumulation materieller Hilfsquellen in den Händen des Staates aus Quellen, die teilweise oder hauptsächlich außerhalb der Staatswirtschaft liegen." (Preobrashenski, S.108)

Abb.24 soll diesen Unterschied noch einmal verdeutlichen: In dem Ausmaß, wie die Akkumulation des sozialisierten Sektors nicht aus dem im Sektor selbst produzierten Mehrprodukt, sondern aus der Zuführung äußerer Akkumulationsmittel (aus nicht sozialisierten Bereichen) gespeist wird (Abb.24a), handelt es sich um die "ursprüngliche sozialistische Akkumulation".



Wird die Akkumulation hingegen gespeist aus inneren Quellen des sozialisierten Sektors, d.h. aus dem dort selbst produzierten Mehrprodukt, so handelt es sich um die eigentliche sozialistische Akkumulation (Abb.24b):



Selbstverständlich können sich beide Formen (wie schon in Abb.24a angedeutet) überlagern. Preobrashenski spricht von der Phase der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation solange, wie die äußere Zuführung von Akkumulationsmitteln im Vordergrund steht:

"Diese Akkumulation muß in einem rückständigen bäuerlichen Land eine außerordentlich große Rolle spielen, in einem Land, das in großem Maß das Eintreten desjenigen Augenblicks beschleunigt, in dem die technische und wissenschaftliche Rekonstruktion der Staatswirtschaft anfängt und diese Wirtschaft schließlich eine rein ökonomische Überlegenheit über den Kapitalismus gewinnt. Es ist wahr, daß in dieser Periode auch auf der Produktionsbasis der Staatswirtschaft akkumuliert wird. Erstens aber hat auch diese Akkumulation den Charakter einer vorläufigen Akkumulation der Mittel einer wirklichen sozialistischen Akkumulation und ist diesem Zweck untergeordnet. Zweitens herrscht Akkumulation der anderen Art, d.h. auf Kosten des nicht-staatlichen Milieus in dieser Periode stark vor. Aus diesem Grunde sollten wir diesen ganzen Zeitraum die Periode der ursprünglichen oder vorläufigen sozialistischen Akkumulation nennen." (Preobrashenski S.108)

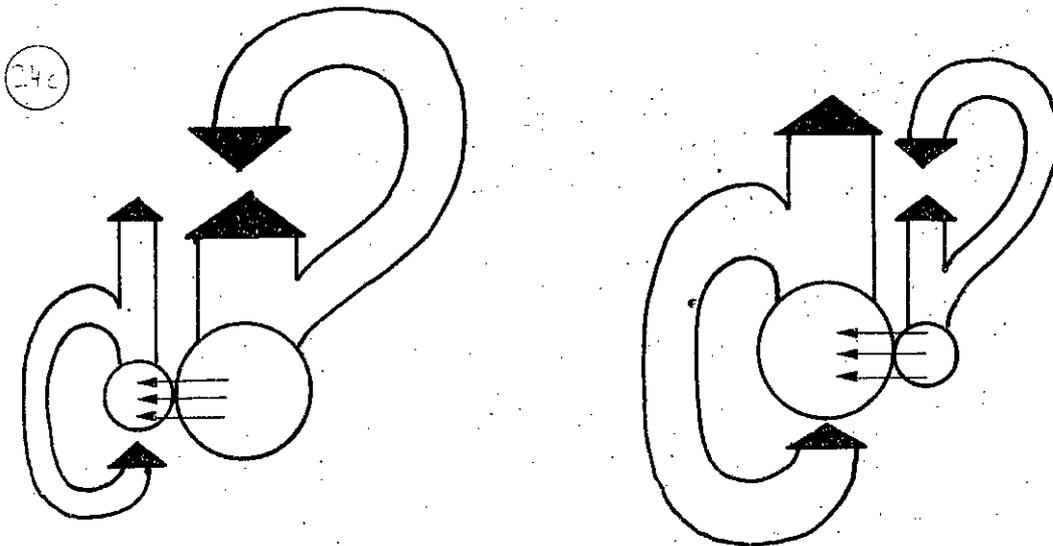
b) Über die Notwendigkeit einer ursprünglichen sozialistischen Akkumulation

Das Durchlaufen einer Periode der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation war für Preobrashenski eine objektive Notwendigkeit für ein sozialistisches System unter den Ausgangsbedingungen Rußlands:

"In der Periode der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation kommt die Staatswirtschaft nicht aus, ohne einen Teil des Mehrprodukts der Bauern und Handwerker zu enteignen, ohne Abzüge von der kapitalistischen Akkumulation zugunsten der sozialistischen Akkumulation zu machen. Wir wissen nicht, in welchem Grad der Zerstörung andere Länder, in denen die Diktatur des Proletariats dabei ist zu siegen, aus dem Bürgerkrieg hervorgehen werden. Ein Land wie die UdSSR aber, mit seiner ruinierten und überhaupt recht rückständigen Wirtschaft, muß eine lange Periode ursprünglicher Akkumulation durchmachen, in der die Quellen, die durch vorsozialistische Wirtschaftsformen zur Verfügung stehen, großzügig benutzt werden. Man darf nicht vergessen, daß die Periode der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation die kritischste Periode im Leben eines sozialistischen Staates nach dem Ende des Bürgerkriegs ist. In dieser Periode ist das sozialistische System noch nicht in der Lage, alle seine organischen Vorteile zu entwickeln, aber gleichzeitig muß es unbedingt eine Reihe wirtschaftlicher Vorteile, die für ein entwickeltes kapitalistisches System charakteristisch sind, abschaffen. Die Frage, wie man möglichst schnell diese Periode hinter sich bringen kann, wie man so schnell wie möglich den Moment erreichen kann, in dem das sozialistische System alle seine natürlichen Vorteile über den Kapitalismus entwickeln wird, ist für einen sozialistischen Staat eine Frage auf Leben und Tod. Jedenfalls ist das das Problem der UdSSR heute, und es wird vielleicht für eine gewisse Zeit lang das Problem einer Reihe von europäischen Ländern sein, in denen das Proletariat an die Macht kommen wird. Wenn man unter solchen Bedingungen nur auf die Akkumulation aus sozialistischem Gebiet rechnen würde, würde das bedeu-

ten, daß man die Existenz der sozialistischen Wirtschaft selbst gefährdet, oder die Periode der vorläufigen Akkumulation endlos verlängert, wobei die Dauer dieser Periode nicht vom freien Willen des Proletariats abhängt." (Preobraschenski S.114)

Worauf es also im Rahmen der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation ankommt, ist die Abschöpfung von Teilen des Mehrprodukts aus nicht sozialisierten Bereichen zugunsten einer forcierten Akkumulation der sozialisierten Industrie. Abb.24c symbolisiert das Nebeneinander unterschiedlicher Eigentumsformen (hier: sozialisierter Bereich und privatkapitalistischer Bereich) innerhalb eines sozialistischen Systems, wobei das Anwachsen des einen Sektors wesentlich Ergebnis der Abschöpfung aus dem anderen Sektor sein soll. Folgt man



den Ausführungen Preobraschenskis, so kann das Überleben des sozialisierten Sektors und damit die Aufrechterhaltung bzw. Herstellung einer Manövrierreserve für eine gesamtgesellschaftliche Planung überhaupt nur gewährleistet werden durch eine solche Zuführung äußerer Akkumulationsmittel. Würde sie nicht stattfinden, würden die Grundlagen für sozialistische Planung dahinschwinden, und der Versuch des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft müßte von vornherein scheitern.

FRAGEN ZUR BEARBEITUNG IN KLEINGRUPPEN:

- 1) Mit welchen Mitteln könnte die Akkumulation des sozialistischen Sektors ohne Rückgriff auf äußere Akkumulationsquellen gesteigert werden? In welchem Verhältnis ständen diese Maßnahmen zu dem Anspruch, die Arbeits- und Lebensbedingungen der unmittelbaren Produzenten zu verbessern?
- 2) Mit Hilfe welcher konkreten Maßnahmen könnte das Mehrprodukt von der kapitalistischen Industrie zugunsten der sozialisierten Industrie abgeschöpft werden? Welche Rolle kann in diesem Zusammenhang die Steuerpolitik des sozialistischen Staates bzw. die Preispolitik der sozialisierten Industrie spielen?
- 3) Diskutiert konkrete Maßnahmen, mittels derer das Mehrprodukt aus der privaten Landwirtschaft zugunsten der sozialisierten Industrie abgeschöpft werden kann. Welche Probleme ergeben sich daraus bezüglich des sozialen Verhältnisses zwischen Industriearbeiterschaft und Bauernschaft?

c) Möglichkeiten der Abschöpfung von Mehrprodukt aus nicht-sozialisierten Bereichen

Wie soll man sich das Anzapfen äußerer Akkumulationsquellen von Seiten des sozialisierten Sektors konkret vorstellen? Für den Fall etwa, daß die sozialisierte Industrie an die private Landwirtschaft bestimmte Industrieprodukte verkauft, könnten die Preise dieser Produkte über ihrem Wert angesetzt werden. Je mehr für diese Industrieprodukte (z.B. Traktoren, Düngemittel) die sozialisierte Industrie über eine Monopolstellung verfügt und je weniger die Bauern auf den Kauf dieses Produkts verzichten können, umso mehr bieten sich hier Möglichkeiten eines überhöhten Preises. Tendenziell die gleich Abschöpfung ergibt sich, wenn die landwirtschaftlichen Produkte unter ihrem Wert an die Industriearbeiter verkauft würden. Dies könnte z.B. durch Dazwischenschaltung eines staatlichen Handelsmonopols durchgesetzt werden, wobei den Bauern keine andere Möglichkeit bliebe, als ihre Produkte zu den von diesem Monopol angebotenen Preisen abzugeben oder aber auf ihnen sitzen zu bleiben.

Sofern allerdings die sozialisierte Industrie noch kein Monopol besitzt, sondern in Konkurrenz zu privatkapitalistischen Bereichen steht, würde sich durch die Setzung eines überhöhten Preises ihre Absatzsituation verschlechtern. Unter solchen Bedingungen müßte also Einfluß auf die Preise der privaten Industrie genommen werden, etwa durch höhere Besteuerung oder höhere Kreditzinsen von Seiten der verstaatlichten Banken oder durch Verteuerung der von staatlichen Unternehmen bereitgestellten Energie oder Transportleistungen usw. Mit Mitteln der Preispolitik bzw. Steuerpolitik würde also bewirkt, daß dem sozialisierten Bereich Werte zugeführt werden, die in anderen nicht-sozialisierten Bereichen produziert wurden. Im Ergebnis liefere dies auf eine erzwungene Wertübertragung aus der Landwirtschaft in die sozialisierte Industrie hinaus, was nichts anderes bedeutet, als daß den Bauern ein bestimmter Teil des Produkts ihrer Arbeit entzogen wird. Der soziale Konflikt zwischen Industriearbeiterschaft und Bauern ist bei dieser Strategie bereits im Keim angelegt.

In der konkreten historischen Entwicklung Rußlands in den 20er und 30er Jahren hat dieser soziale Konflikt eine zentrale Rolle gespielt und die Entwicklungsrichtung des sowjetischen Systems bzw. die Politik der Bolschewiki und diejenige Stalins entscheidend geprägt. (Auf Einzelheiten kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Siehe hierzu R. Lorenz: Sozialgeschichte der Sowjetunion I, 1917 - 1945, Frankfurt 1976, S.121 - 251. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die rückblickende Einschätzung Trotzki's in: L. Trotzki: Verräterne Revolution (Abschnitt III), 1936.)

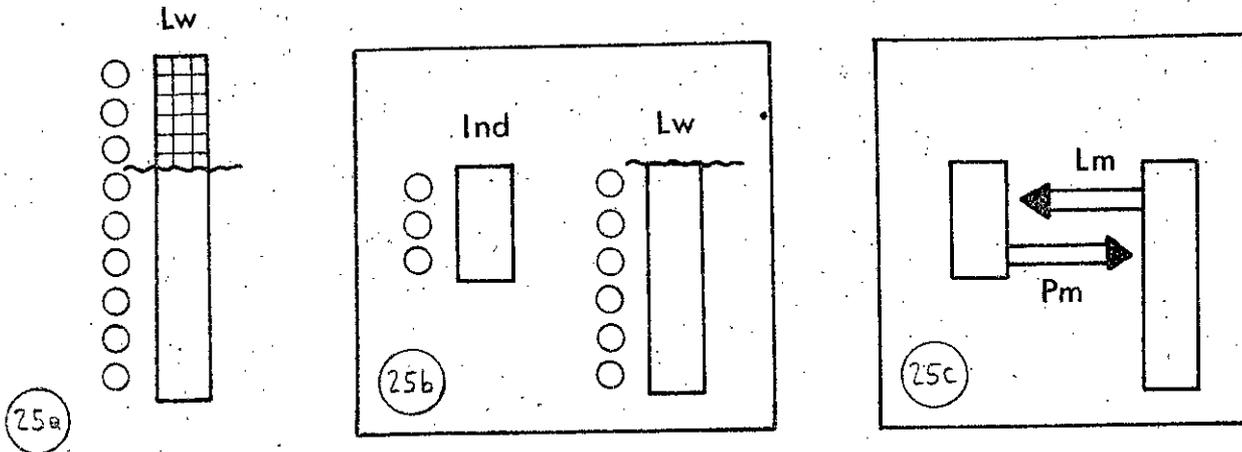
III. Über den Zusammenhang zwischen Industrialisierung und landwirtschaftlicher Entwicklung

Bisher mußte der Eindruck entstehen, als wäre eine forcierte Akkumulation in der sozialisierten Industrie nur möglich auf Kosten anderer Sektoren, als bedeute also das Wachstum in diesem Bereich gleichzeitig und notwendigerweise das Schrumpfen anderer Bereiche, denen die Akkumulationsmittel entzogen werden. Diese Folge mag in bezug auf die noch kapitalistischen Bereich der Industrie erwünscht sein und im Sinne einer sozialistischen Strategie liegen; bezogen auf die Landwirtschaft kann diese Folge aber kaum angestrebt werden, bedeutet

sie doch eine Verringerung der Lebensmittelbasis für die Ernährung der Gesamtbewölkerung. Offensichtlich kann es also nicht darum gehen, die landwirtschaftliche Produktion zu vermindern, sondern vielmehr müßte umgekehrt die Produktivität in der Landwirtschaft angehoben werden. Wie läßt sich dieses Problem lösen, und welchen Beitrag kann hierzu die Industrialisierung leisten?

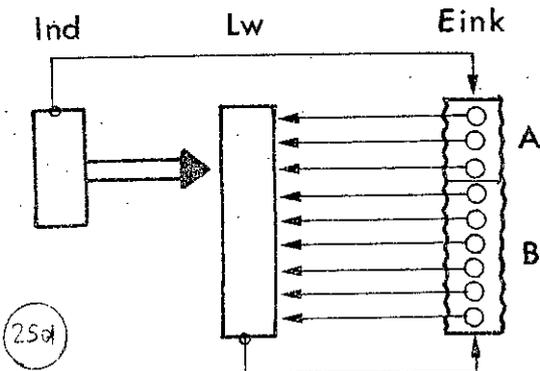
1) Modelle zum Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft

Zum besseren Verständnis dieses Problems wollen wir im folgenden anhand eines Modells diskutieren und zunächst annehmen, daß die gesamte arbeitende Bevölkerung eines Landes in der Landwirtschaft tätig ist. Das von ihnen erstellte Gesamtprodukt wird durch den Block in Abb. 25a dargestellt. Es soll sich dabei um 9 (Mill) Bauern handeln, die über die Reproduktionskosten der Gesellschaft (Wellenlinie) hinaus ein Mehrprodukt produzieren. Die Gesellschaft könnte demnach auch ernährt werden, wenn nur 6 unmittelbare Produzenten in der Landwirtschaft beschäftigt wären.



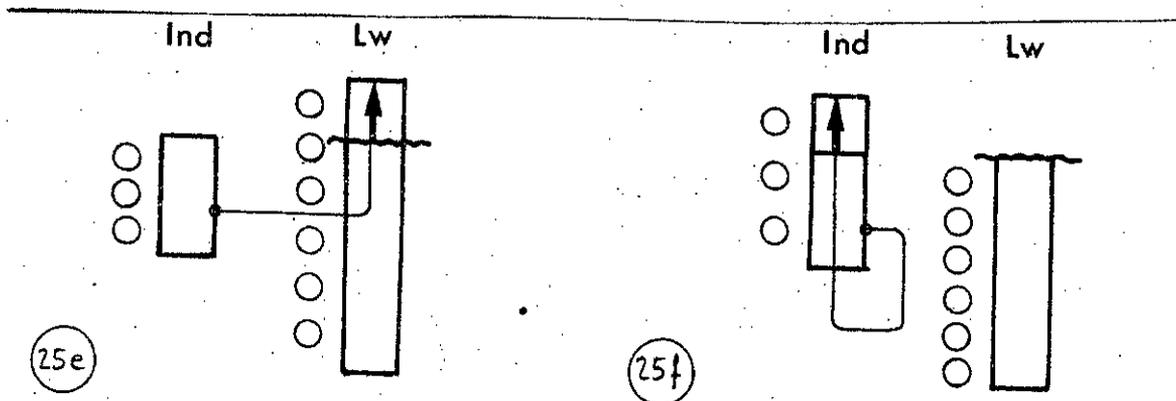
a) Landwirtschaftliches Mehrprodukt als Grundlage für die Industrialisierung

Unter den genannten Bedingungen könnten also drei Produzenten abgezogen und ihre Arbeitskraft in andere Verwendung gelenkt werden. Wir wollen annehmen, daß sie als Industriearbeiter eingesetzt werden und die Herstellung landwirtschaftlicher Produktionsmitteln besorgen (z.B. Traktoren). (Abb 25b). Die drei Industriearbeiter würden dabei mit einem Teil der Lebensmittel versorgt, die von den sechs Bauern produziert wurden. Im Austausch dafür werden die sechs Bauern mit den Produktionsmitteln aus der Industrie beliefert (Abb. 25c). Dieser Austauschprozeß kann (muß aber nicht!) z.B. dadurch organisiert sein, daß sowohl Industriearbeiter als auch Bauern - entsprechend den Proportionen der von ihnen geleisteten Arbeit - einen Anspruch auf Lebensmittel erlangen in Form von Geldeinkommen (dargestellt in Abb. 25d). Die zurückströmenden dünnen Pfeile entsprechen der Nachfrage nach Lebensmitteln.)



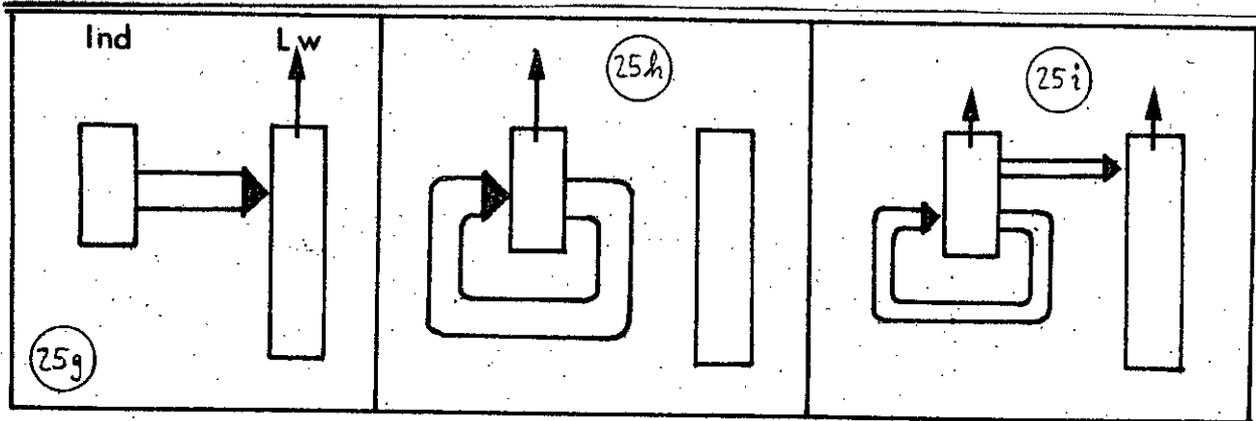
b) Industrielle Produktion als Grundlage landwirtschaftlicher Produktivitätssteigerung

Nach erfolgtem Austausch zwischen Landwirtschaft und Industrie ist die Landwirtschaft in Besitz zusätzlicher Produktionsmittel, die sie nunmehr einsetzen kann zur Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion und der damit verbundenen Produktivitätssteigerung. Mit der gleichen Anzahl von sechs Produzenten läßt sich auf diese Weise die Produktion mengenmäßig ausweiten (Abb.25e). (Wohlbemerkt stellen die Blöcke in diesem Fall Mengen und nicht Werte dar.) Das schafft die Möglichkeit, entweder die Ernährung der Bevölkerung zu verbessern oder aber - bei gleichbleibender Lebensmittelversorgung - wiederum einen Produzenten aus der Landwirtschaft freizusetzen und in die Industrie abzuziehen usw. - An diesem Beispiel wird deutlich, welchen Beitrag die Industrialisierung für das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion leisten kann: In dem Ausmaß, wie die Landwirtschaft Arbeitskräfte freisetzt und der Industrie zuführt, und in dem Ausmaß, wie die Industrie landwirtschaftliche Produktionsmittel herstellt, kann längerfristig die Produktivität in der Landwirtschaft angehoben werden. Kurzfristig bedeutet allerdings der Abzug von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft eine Verringerung der Lebensmittelproduktion (es sei denn, es handelt sich um Arbeitskräfte, die vorher auf dem Land ohnehin nicht beschäftigt waren).



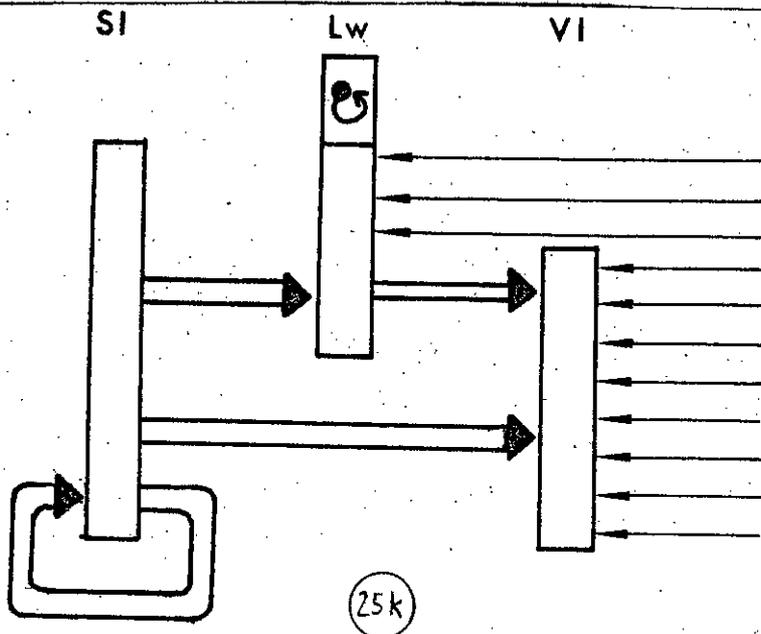
c) Industrielle Produktion als Grundlage industrieller Produktivitätssteigerung

Dieses Ergebnis kommt freilich nur dann zustande, wenn die Industrieproduktion tatsächlich der Landwirtschaft in Form von Produktionsmitteln wieder zugeführt wird. Anders sähe es aus, wenn in der Industrie z.B. Produktionsmittel für die Industrie selbst hergestellt würden, um die industrielle Produktivitätssteigerung voranzutreiben (Abb.25f). Unter diesen Bedingungen käme die Industrialisierung der Landwirtschaft zunächst in keiner Weise zugute, allenfalls auf längere Sicht, wenn die gestiegene Produktivität in der Industrie später genutzt würde, um auch landwirtschaftliche Produktionsmittel in großen Mengen herzustellen. - Zwischen beiden extremen Möglichkeiten (noch einmal in Abb.25g,h dargestellt) liegt selbstverständlich die Variante, daß die zusätzlichen Produktionsmittel sowohl teilweise in die Landwirtschaft als auch in die Industrie selbst fließen, insoweit also eine gleichmäßigere Entwicklung der Produktivität in beiden Bereichen möglich wird (Abb.25i).



d) Die Beziehungen zwischen Produktionsmittelindustrie, Konsumtionsmittelindustrie und Landwirtschaft

Bisher war nur die Rede von der Herstellung von Produktionsmitteln, sei es für die Landwirtschaft, sei es für die Industrie selbst. Wir müssen deshalb in einem weiteren Schritt noch berücksichtigen, daß die Industrie auch Konsumtionsmittel herstellen kann, sei es unter Verarbeitung industrieller Zwischenprodukte oder sei es unter Verarbeitung landwirtschaftlicher (pflanzlicher oder tierischer) Rohprodukte. Abb. 25k stellt diesen erweiterten Fall dar. Dabei wird deutlich,



daß die als Nachfrage zurückströmenden Einkommen sich teilweise erstrecken auf die unmittelbar landwirtschaftliche Produktion (nicht industriell verarbeitete Lebensmittel) und teilweise auf die verarbeitende Konsumtionsmittelindustrie. Die Entwicklungsvarianten können sich unter Berücksichtigung auch der Konsumtionsmittelindustrie entsprechend erweitern: Selbst wenn z.B. die Produktionsmittel ausschließlich der Industrie zugeführt werden, muß unterschieden wer-

den, ob sie in erster Linie in die Produktionsmittelherstellung oder in die Konsumtionsmittelindustrie fließen. Nur im letzteren Fall käme es zu einer Steigerung der industriellen Konsumgüterproduktion. Während in den vorigen Modellen die Landwirtschaft von der Industrie - wenn überhaupt - allenfalls mit Produktionsmitteln beliefert wurde, kommt nunmehr auch eine Beziehung zwischen Landwirtschaft und Konsumtionsmittelindustrie zustande: Teile der industriell gefertigten Produkte für den Konsum fließen auch an die Bauern.

e) Industrielle Akkumulation und landwirtschaftliche Entwicklung

Was also bedeutet es nun - unter Berücksichtigung der gerade abgeleiteten Zusammenhänge, wenn der Landwirtschaft zum Zweck forcierter Akkumulation der sozialisierten Industrie das landwirtschaftliche Mehrprodukt entzogen wird? Trägt dies letztlich zu einer besseren Ernährung der Bevölkerung bei, oder wird dies gerade dadurch verhindert? Wir können jetzt sagen, daß kurzfristig in jedem Fall die landwirtschaftliche Produktion tendenziell zurückgehen muß. Insoweit aber die dadurch gesteigerte Industrieproduktion in Form von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln an die Landwirtschaft zurückfließt, kann längerfristig die Produktivität in der Landwirtschaft gesteigert werden, und zwar in einem Ausmaß, das ohne Mechanisierung kaum möglich gewesen wäre. Wir haben allerdings auch gesehen, daß diese Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft nicht in jedem Fall zustande kommt, dann nämlich nicht, wenn die Industrieproduktion ausschließlich dem Wachstum der Produktionsmittelindustrie bzw. Konsumtionsmittelindustrie dient. Solange die Akkumulation ausschließlich im Bereich der Produktionsmittelindustrie stattfindet, kommt die gesteigerte Produktion weder Bauern noch den Arbeitern unmittelbar in Form einer wachsenden materiellen Versorgung zugute. Dies wäre erst dann der Fall, wenn durch Zuführung zusätzlicher Produktionsmittel die landwirtschaftliche bzw. industrielle Konsumgüterproduktion und damit das zur konsumtiven Verteilung anstehende Produkt vergrößert würde.

2) Gesellschaftlich-ökonomische Voraussetzungen einer landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung

Gehen wir für die folgenden Überlegungen von dem Fall aus, daß sich die Industrie auf die Produktion landwirtschaftlicher Produktionsmittel, insbesondere von Landmaschinen, konzentriert und die Landwirtschaft damit beliefert wird. Für diesen Fall hatten wir vorhin - fast wie selbstverständlich - davon gesprochen, daß sich dadurch die landwirtschaftliche Produktivität erhöht. Die gesellschaftlich-ökonomischen Voraussetzungen dafür, daß sich eine Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion durchsetzen kann, hatten wir allerdings gar nicht diskutiert.

a) Die hemmende Wirkung des bäuerlichen Kleinbesitzes

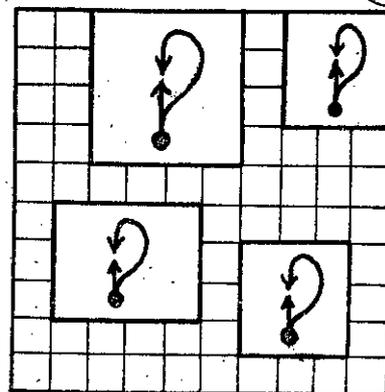
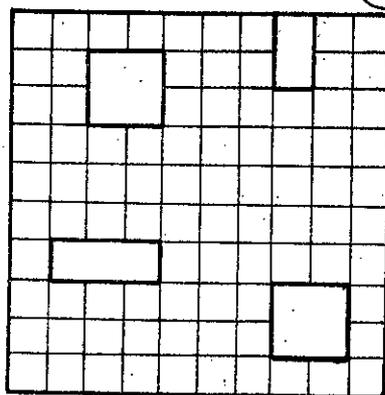
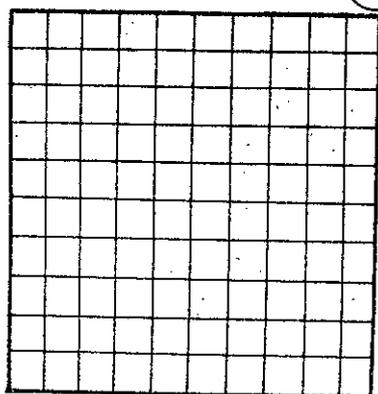
Wenn wir von den konkreten landwirtschaftlichen Verhältnissen in Rußland nach der Oktoberrevolution ausgehen, nämlich der Existenz von kleinbäuerlichem Eigentum, so wird klar, daß im Rahmen einer solchen Agrarstruktur eine Produktivitätssteigerung sehr schnell auf Grenzen stoßen mußte. Im Rahmen kleiner zersplitterter Ländereien läßt sich nämlich eine Mechanisierung gar nicht vorstellen. Damit z.B. Traktoren ökonomisch genutzt werden können, sind bestimmte Mindestflächen erforderlich. Kleine Anbauflächen erlauben nur die Anwendung relativ primitiver Produktionsmitteln und führen im Ergebnis entsprechend zu nur geringer Produktivität. Solange also die Bauern an ihrer kleinbäuerlichen und individualistisch betriebenen Produktion festhalten, müssen alle Versuche einer Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft scheitern. Als Ausweg aus einer solchen Situation bieten sich prinzipiell zwei unterschiedliche Lösungen an: einmal die Entwicklung zurück zum privaten Großgrundbesitz, zum andern die Entwicklung in Richtung einer Kollektivierung der Landwirtschaft.

b) Die Herausbildung privatkapitalistischer Agrarwirtschaft

Tatsächlich hat sich in Rußland in den 20er Jahren zunächst die erste Tendenz durchgesetzt - mit Unterstützung durch die Politik der Bolschewiki. Obwohl das Land zunächst unter den Massen aufgeteilt worden war, bildeten sich alsbald soziale Differenzierungsprozesse innerhalb der Bauernschaft heraus. Daran konnte auch die Tatsache nichts ändern, daß formal der Verkauf von Boden und damit die Möglichkeit der Ansammlung von Boden in wenigen Händen verboten war. R. Lorenz schreibt hierzu:

"Da der Boden unverkäuflich war, bildete die Bodenpacht, die im Frühjahr 1925 legalisiert wurde, die wichtigste Form der Landerweiterung. Gewöhnlich pachteten die wohlhabenderen Bauern das Land der Dorfarmut, das diese aus Mangel an Arbeitsvieh und -gerät nicht bestellen konnte. Der Verpächter war also in erster Linie der arme Bauer, der kaum Inventar besaß, sein Stückchen Land jedoch weder verpfänden noch verkaufen durfte. Die meisten Pächter waren Mittelbauern; aber die größten Pachtflächen - insgesamt etwa ein Drittel des verpachteten Landes - konzentrierten sich in den Händen der bäuerlichen Oberschichten. Neben der Bodenpacht trug vor allem die Ausleihung von Arbeitsvieh und landwirtschaftlichem Gerät sowie die - im Jahre 1925 ebenfalls legalisierte - Einstellung von landwirtschaftlichen Lohnarbeitern zur sozialen Differenzierung auf dem Land bei." (Lorenz, a.a.O. S.136)

In Abb.26a,b,c wird dieser Differenzierungsprozeß noch einmal symbolisiert: Als Ausgangssituation ist hier modellhaft die Aufteilung der Bodenfläche in gleiche Teile unterstellt, aus denen sich - bedingt durch die gerade genannten Faktoren - eine zunehmende Konzentrierung von Boden in wenigen Händen herausbildete. Im Zuge dieser Entwicklung bildeten sich schließlich kapitalistische Strukturen innerhalb der Landwirtschaft heraus (Abb.26c) - mit kapitalistischen Großgrundbesitzern (Kulaken) auf der einen Seite und einem Landproletariat auf der anderen Seite.

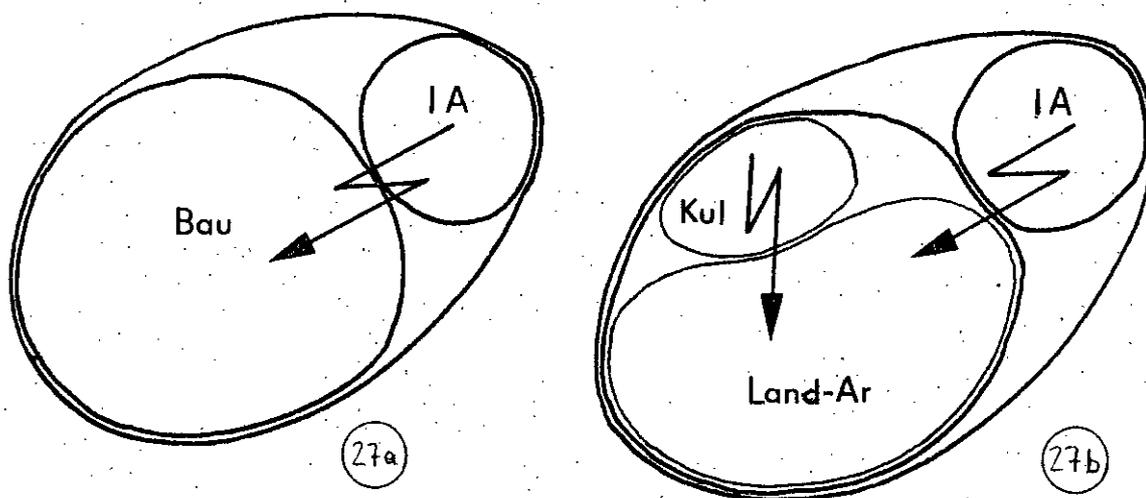


ba) Kapitalistische Agrarstruktur und landwirtschaftliche Produktivität

In der Tat werden durch diese Entwicklung zunehmend große Ländereien geschaffen, die ihrerseits einer Mechanisierung eher zugänglich sind als zersplitterter bäuerlicher Kleinbesitz. Die Durchsetzung der Mechanisierung wird allerdings tendenziell umso mehr gebremst, je tiefer die Löhne der Landarbeiter - bedingt durch die kapitalistische Struktur der Landwirtschaft - herabgedrückt werden.

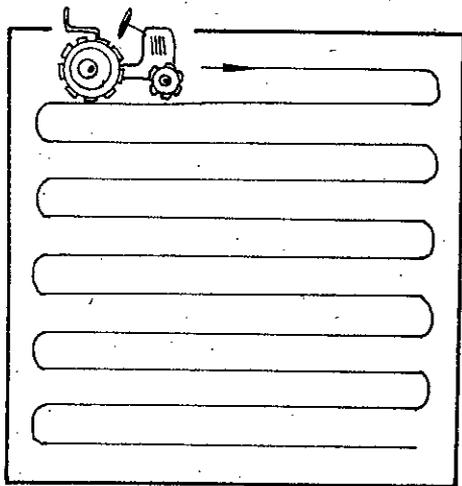
bb) Kapitalistische Agrarstruktur und soziale Differenzierung auf dem Land

Im übrigen hat eine derartige Entwicklung natürlich nichts gemein mit der Verwirklichung sozialistischer Vorstellungen. Selbst bei gesteigerter Produktivität wären auf diese Weise die sozialen Gegensätze auf dem Land nicht beseitigt, sondern würden sich im Gegenteil wieder vergrößern. Neben den Widerspruch (Konflikt) zwischen Industriearbeiterschaft und Bauern (symbolisiert durch Abb.27a) tritt auf diese Weise innerhalb der Bauernschaft der Widerspruch zwischen den Großbauern (Kulaken) und den sozial und ökonomisch abgesunkenen Kleinbauern bzw. landwirtschaftlichen Lohnarbeitern (Abb.27b). Diese Entwicklung systematisch zu fördern war übrigens das Konzept der Gruppe um Bucharin, der später sogenannten "rechten Opposition". (Siehe hierzu im einzelnen: R.Lorenz, a.a.O. S.135 - 155)

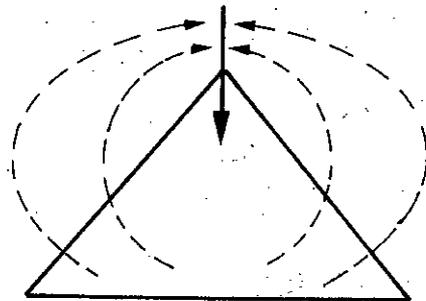


c) Die Kollektivierung als sozialistische Alternative für die Landwirtschaft

Wenden wir uns der sozialistischen Alternative für eine Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft zu: der Kollektivierung. Durch den Zusammenschluß kleinbäuerlicher Betriebe zu größeren Kollektivwirtschaften könnten nicht nur die Voraussetzungen geschaffen werden für eine rationellere Bearbeitung des Bodens bis hin zur Mechanisierung, sondern auch zu neuen Formen in der Organisation des Arbeitsprozesses: Die Entscheidungen über die Nutzung des Bodens bzw. des Viehbestandes und sonstigen Inventars, über die angestrebte Produktion bzw. die dabei zur Anwendung kommenden Produktionsmethoden sowie die Entscheidungen über die Verteilung des Gesamtprodukts könnten kollektiv getroffen werden. (Abb.28 symbolisiert diese Veränderungen: die zusammengelegten Flächen können nunmehr durch einen Traktor bestellt werden - angedeutet durch die Traktorspuren, und der Entscheidungsprozeß wird von unten nach oben organisiert.) Aus der veränderten Organisation der Arbeit können sich auch neue Formen des Zusammenlebens auf dem Land entwickeln.



28a



28b

ca) Die subjektiven Voraussetzungen einer Kollektivierung und die Bedeutung von Übergangsformen

Damit sich aber die Bauern von ihrem Kleinbesitz trennen und ihn in die Kollektivwirtschaft überführen, müssen sie erst einmal überzeugt sein von dem Vorteil, der allen Beteiligten aus einem Zusammenschluß erwächst. Hierzu bieten sich zunächst verschiedene Übergangsformen an, in denen z.B. zunächst der Boden noch Privateigentum bleibt und nur die Gerätschaften kollektiv genutzt werden - oder wo es zunächst zu gegenseitigen Kooperationen kommt. Eine mögliche Form wäre auch der gemeinsame genossenschaftlich organisierte Einkauf bzw. Verkauf. Je mehr die einzelnen Bauern durch derartige Übergangsformen die sinnliche Erfahrung machen, daß kooperatives Wirtschaften für alle daran Beteiligten ökonomische und soziale Vorteile bringt, umso eher werden sie sich schließlich dazu bereitfinden, auch ihr Privateigentum an Boden und Inventar in die Kollektivwirtschaft einzubringen; dies nicht, um irgendwelche Opfer zu bringen zugunsten eines ihnen abstrakt erscheinenden Ziels, sondern aus eigenem Interesse, das allerdings durch das Kollektiv besser befriedigt werden kann als durch individualistische Produktion. - Bezogen auf die SU schreibt Lorenz in diesem Zusammenhang:

"In einem Agrarstaat wie Rußland hatte der Sozialismus nur dann eine Perspektive, wenn die Bauernschaft über eine Reihe genossenschaftlicher Übergangsstufen und Zwischenformen allmählich auf die kollektive Produktion vorbereitet wurde. Entscheidend war hierbei, ob und inwieweit die Bauern ... selbst als Subjekt der sozialistischen Transformation im Dorf fungieren würden... Es bestand kein Zweifel, daß eine sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft unter den spezifischen russischen Bedingungen nur als langfristiger Prozeß möglich war, der Jahrzehnte beanspruchen würde. Lenin hatte in diesem Zusammenhang von 'einer ganzen geschichtlichen Epoche' gesprochen." (Lorenz, a.a.O. S.154)

Aus diesen Überlegungen wird deutlich, daß Kollektivierung nicht schon an sich einen Fortschritt in Richtung Sozialismus bedeutet, sondern nur dann, wenn sie von den betroffenen Bauern voll getragen wird, das heißt auch: auf freiwilliger Basis erfolgt.

cb) Objektive Voraussetzungen einer Kollektivierung

Dies wird aber nur dann der Fall sein, wenn tatsächlich die technisch-organisatorischen Voraussetzungen existieren, um größere Ackerflächen rationeller zu nutzen als kleine. Fehlen z.B. die zur Mechanisierung erforderlichen Landmaschinen, so bringt die Zusammenfassung zu einem Großbetrieb keine wirtschaftlichen Vorteile, sondern erhöht eher die organisatorischen Probleme. Die wachsende Unübersichtlichkeit wird zudem auf die beteiligten Bauern nur demotivierend wirken und ihre Skepsis gegenüber kollektiven Produktionsformen nicht abbauen, sondern verfestigen.

cc) Zwangskollektivierung und ihre Folgen

Werden die Bauern dennoch in die Kollektivierung hineingezwungen (wie dies im Zuge der Zwangskollektivierung unter Stalin nach 1929 der Fall war), so bleibt entweder nur noch der offene Widerstand oder - wenn auch dieser durch verschärfte Repressionen unterdrückt wird - der passive Widerstand. Er kann die verschiedensten Formen der Produktivitätsverweigerung annehmen: Mißbrauch des kollektiven Eigentums zu privaten Zwecken (z.B. Anbau für den eigenen Bedarf bzw. Diebstahl von kollektiver Produktion), Verweigerung von Arbeitsleistung für kollektive Produktion bzw. Sabotage usw. (Eine besonders drastische Form in der SU war das massenweise Abschlachten von Viehbeständen durch die von der Zwangskollektivierung betroffenen Bauern, die mit dieser Maßnahme nicht nur die Einbringung dieser Bestände in die Kollektivwirtschaften verhinderten, sondern sich gleichzeitig auf diese Weise private Lebensmittelvorräte anlegten. Die Auswirkungen derartiger Verweigerungsstrategien nahmen katastrophale Ausmaße an. Lorenz schreibt hierzu:

"In zahlreichen landwirtschaftlichen Produktionszweigen lagen die Verluste während der Kollektivierung weit höher als im Bürgerkrieg. Am stärksten war die Viehwirtschaft betroffen, deren Bestand zwischen 1928 - 1932 fast auf die Hälfte zusammenschrumpfte." (Lorenz: Sozialgeschichte ... S.200)

"Im Gesamtergebnis führte die zwangsweise Kollektivierung zu einer katastrophalen Zerrüttung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses, durch den die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft noch unter das Niveau des primitiven kleinbäuerlichen Betriebe herabgedrückt wurde. Selbst das extrem niedrige Produktionsergebnis aber konnte nur unter großen Anstrengungen, mit Hilfe enormer Aufwendungen und unter Einsatz eines riesigen administrativen Apparats erzielt werden." (Lorenz, S.201)

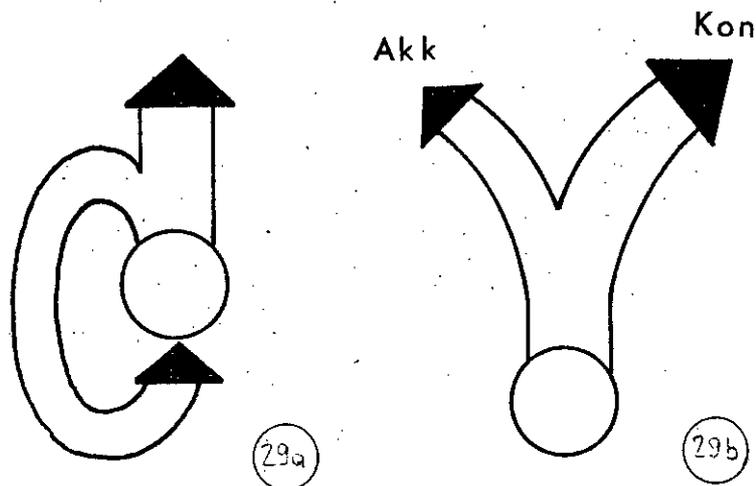
"Die kollektivierte Landwirtschaft war nur noch mit Hilfe eines ständig expandierenden Apparats in Gang zu halten, dessen schließliche Unterhaltung immer mehr Mittel verschlang... Ein solches bürokratisches Verwaltungssystem war nicht nur ungeheuer schwerfällig und kostspielig, es erstickte auch jede Eigeninitiative und erzog zu völliger Verantwortungslosigkeit, zumal die Kolchosbauern auch vom innerbetrieblichen Entscheidungsprozeß ausgeschlossen waren und den Anordnungen vom Staat eingesetzter Betriebsleiter Folge leisten mußten." (Lorenz, S.202)

Bereits aus diesen wenigen Andeutungen läßt sich erkennen, daß die Stalinsche Politik der Zwangskollektivierung eine Pervertierung sozia-

listischer Vorstellungen von der Kollektivierung der Landwirtschaft war. In einer Phase, wo mangels ausreichender Industrialisierung weder die objektiven Voraussetzungen (Produktionsmittel zur Mechanisierung) noch auf Seiten der Bauern die subjektive Einsicht in die möglichen Vorteile einer Kollektivierung gegeben waren, konnte die Zwangskollektivierung nur zu einem ständig sich eskalierenden Zirkel von subtiler Verweigerung auf der einen Seite und repressiver Gewalt auf der anderen Seite führen. - Was sich in der offiziellen stalinistischen Ideologie als Verwirklichung des Sozialismus auf dem Land ausgab, war in Wirklichkeit die Vergewaltigung der unmittelbaren landwirtschaftlichen Produzenten durch die stalinistische Bürokratie, das Hineinzwängen in formal-sozialistische Produktionsverhältnisse, deren ökonomische und bewußtseinsmäßige Grundlagen noch nicht herangereift waren.

E. PLANUNGSPROBLEME IM MODELL DIREKT ZENTRALISierter PLANUNG

Nachdem wir im vorigen Kapitel vor allem Probleme diskutiert haben, die sich aus dem Verhältnis unterschiedlicher Eigentumsformen innerhalb eines sozialistischen Systems ergeben (sozialisierte Industrie - private bzw. kollektivierte Landwirtschaft, sozialisierte Industrie - privatkapitalistische Industrie usw), wollen wir für die folgenden Überlegungen von der Modellannahme ausgehen, daß sich die Sozialisierung der Produktionsmittel voll durchgesetzt hat (Abb.29a). Damit



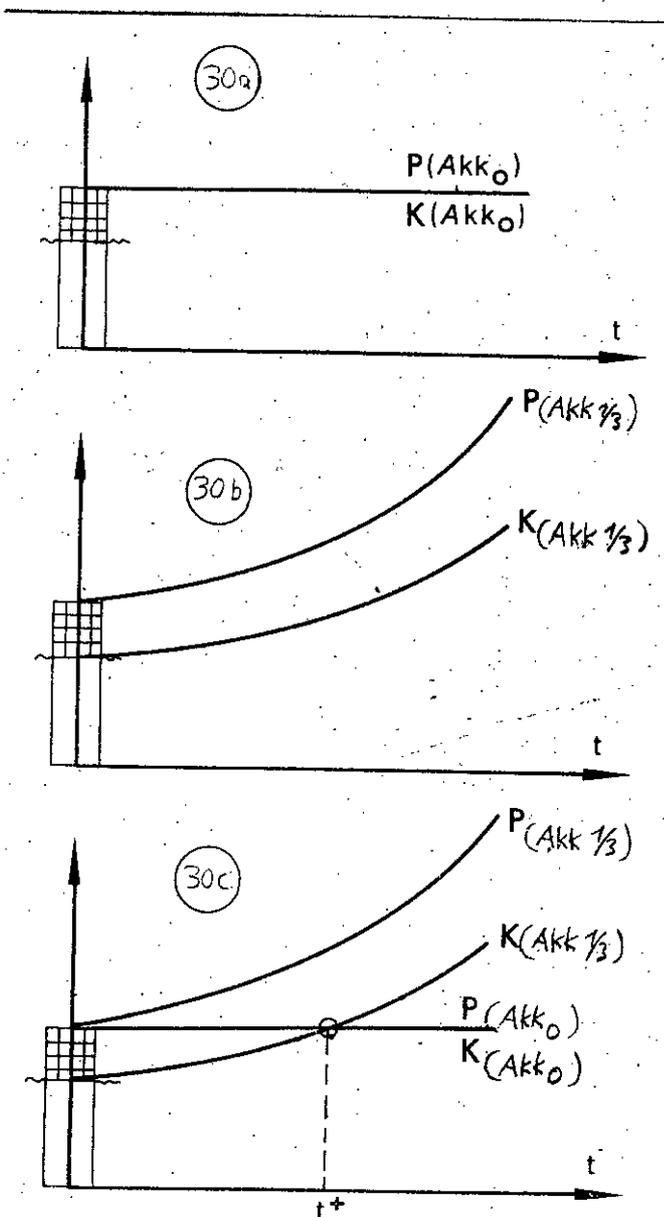
wäre die Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts einer gesamtgesellschaftlichen Planung zugänglich. Die Sozialisierung bedeutet freilich nicht automatisch die Lösung der Planungsprobleme, sondern schafft zunächst einmal lediglich die hierzu notwendigen eigentumsmäßigen Voraussetzungen. Wir wollen uns überlegen, welche Art von Entscheidungen im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Planung getroffen werden müssen, über welche Informationen die Planungsinstanz verfügen muß und mit welchen Planungsproblemen sie sich konfrontiert sieht. Dabei gehen wir von der Existenz einer zentralen Planungsinstanz aus, ohne in dieser Phase der Diskussion die Frage aufzuwerfen, wer auf die Entscheidungen innerhalb dieser Instanz

Einfluß nehmen kann. Wir wollen vielmehr zunächst annehmen, daß die Entscheidungen der Planungsinstanz im gesamtgesellschaftlichen Interesse getroffen werden.

I. Die Bestimmung der Akkumulationsrate und ihre Auswirkungen

Daß das Verhältnis von Akkumulation zu Konsumtion von entscheidender Bedeutung ist für das Wachstumstempo einer Wirtschaft, hatten wir schon früher erwähnt. Wir wollen uns im folgenden fragen, anhand welcher Kriterien über die Höhe der Akkumulationsrate entschieden werden kann. Zur Beantwortung dieser Frage werden wir einige Entwicklungsvarianten durchspielen.

1) Akkumulationsrate, Wachstumstempo und Konsumentwicklung



Für den Fall, daß das gesamte Mehrprodukt dem Konsum zufließt, könnte keine Akkumulation stattfinden (Abb. 30a). Die Produktion in den folgenden Jahren würde entsprechend auf dem gleichen Stand bleiben und jeweils voll konsumiert. Es handelt sich um eine einfache Reproduktion (stationäre Wirtschaft).

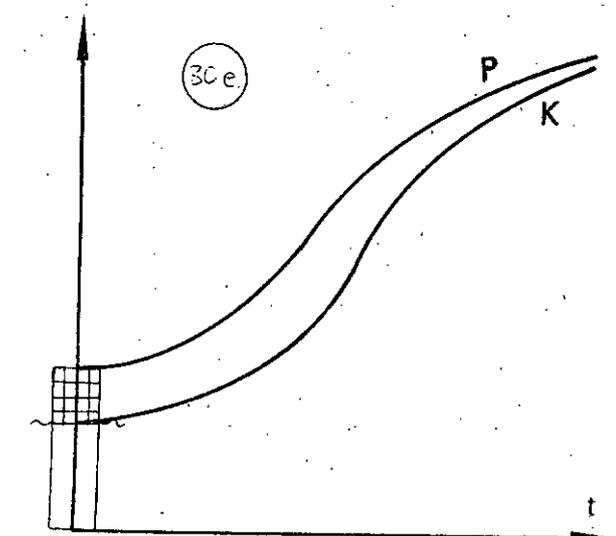
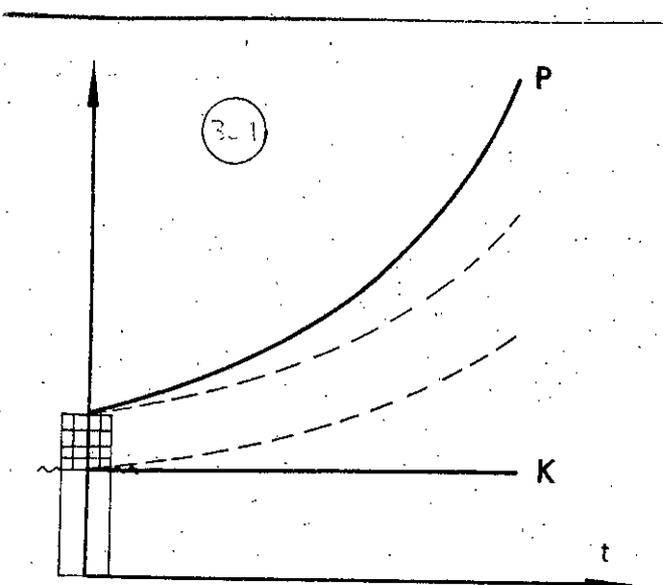
Abb. 30b stellt demgegenüber den Fall dar, wo das gesamte Mehrprodukt der Akkumulation zufließt und - aus bereits früher erörterten Gründen - das Gesamtprodukt in Zukunft gesteigert werden kann. Wenn wir annehmen, daß die Akkumulationsrate auch in den folgenden Jahren konstant bleibt ($\frac{1}{3}$), so läßt sich daraus ein stetiges Wachstum der Produktion P erwarten. Da unter den gemachten Annahmen der Konsum (K) jeweils $\frac{2}{3}$ des Gesamtprodukts beträgt, wird auch er stetig anwachsen.

Vergleichen wir nun diese Entwicklungsvariante mit der ersten (in Abb. 30c sind beide Varianten übereinander gezeichnet), so stellen wir fest, daß zur Sicherstellung der Akkumulation zunächst eine Konsumminderung, ein gesellschaftlicher Konsumverzicht erforderlich ist, das Konsumniveau gegenüber Abb. 30a also zunächst absinkt. Dadurch aber, daß die Akkumulation ein Wachstum der Produktion ermöglicht, kann auch der Konsum - als konstanter Prozentsatz der Gesamtproduktion - anwachsen und übersteigt nach einiger Zeit (t^+) das Niveau, auf dem

sich der Konsum bei fehlender Akkumulation bewegt hätte. Darin kommt der grundlegende Zusammenhang zum Ausdruck, daß ein Anwachsen des Konsums auf lange Sicht nur möglich ist, wenn vorübergehend gesellschaftlicher Konsumverzicht geübt wird. (Der Zusammenhang zwischen Akkumulationsrate und Wachstumsrate ist übrigens in unserer Abbildung willkürlich gewählt und müßte im konkreten Fall prognostiziert werden.)

Zwischen beiden Entwicklungsvarianten sind selbstverständlich unendlich viele andere Varianten denkbar, in denen die Akkumulationsrate zwischen Null und $1/3$ liegt. Bei geringerer Akkumulationsrate als $1/3$ wäre das Wachstumstempo der Produktion entsprechend geringer und also auch die langfristigen Möglichkeiten der Steigerung des Konsums.

Nun muß freilich eine steigende Produktion nicht zwangsläufig auch zu steigendem Konsum führen; es ist vielmehr denkbar, daß das gesamte Wachstum der Produktion ständig zu Zwecken weiterer Akkumulation verwendet wird, das Konsumniveau also auf seinem ursprünglich niedrigen Stand bleibt. Abb. 30d zeigt modellhaft einen solchen Fall: Während der Konsum absolut konstant bleibt, wird sein Anteil am Gesamtprodukt immer geringer, d.h. die Akkumulationsrate wächst ständig an.



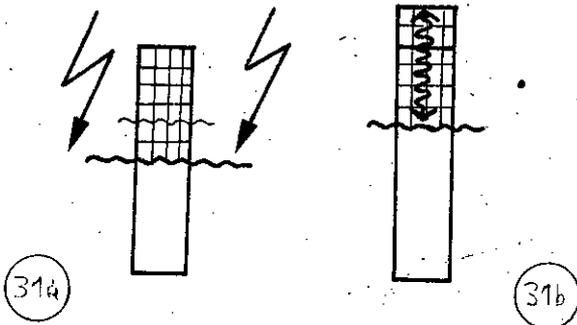
Umgekehrt kann man sich auch eine Entwicklungsvariante vorstellen, in der die Akkumulationsrate im Laufe der Zeit abnimmt (Abb. 30e): Die Produktion würde zunächst anwachsen und - bei zunächst konstanter Akkumulationsrate - auch der Konsum. Indem die Akkumulationsrate immer mehr verringert wird, läßt einerseits das Wachstum der Produktion nach und strebt einem Null-"Wachstum" entgegen, während andererseits der Konsum - aufgrund seines wachsenden prozentualen Anteils am Gesamtprodukt - zunächst stark ansteigt, dann aber ebenfalls auf hohem Niveau stagniert. Eine solche Entwicklungsvariante und der damit verbundene Verzicht auf weitere Akkumulation bedeutet, daß die Arbeitszeit im Vergleich zu den vorigen Modellen entsprechend reduziert werden könnte. Eine sozialistische Planung eröffnet prinzipiell die Möglichkeit, eine solche Entwicklungsvariante bewußt einzuschlagen. (Unter kapitalistischen Bedingungen ist eine derartige Variante aufgrund des immanenten Zwangs zur Kapitalverwertung undenkbar.)

Umgekehrt kann man sich auch eine Entwicklungsvariante vorstellen, in der die Akkumulationsrate im Laufe der Zeit abnimmt (Abb. 30e): Die Produktion würde zunächst anwachsen und - bei zunächst konstanter Akkumulationsrate - auch der Konsum. Indem die Akkumulationsrate immer mehr verringert wird, läßt einerseits das Wachstum der Produktion nach und strebt einem Null-"Wachstum" entgegen, während andererseits der Konsum - aufgrund seines wachsenden prozentualen Anteils am Gesamtprodukt - zunächst stark ansteigt, dann aber ebenfalls auf hohem Niveau stagniert. Eine solche Entwicklungsvariante und der damit verbundene Verzicht auf weitere Akkumulation bedeutet, daß die Arbeitszeit im Vergleich zu den vorigen Modellen entsprechend reduziert werden könnte. Eine sozialistische Planung eröffnet prinzipiell die Möglichkeit, eine solche Entwicklungsvariante bewußt einzuschlagen. (Unter kapitalistischen Bedingungen ist eine derartige Variante aufgrund des immanenten Zwangs zur Kapitalverwertung undenkbar.)

2) Bestimmung der Akkumulationsrate als politische Entscheidung

Die vorangegangenen Modelle haben uns gezeigt, daß es unterschiedliche Entwicklungsvarianten in bezug auf die Akkumulationsrate geben kann. Von welchen Bedingungen hängt es nun ab, welche der Varianten im konkreten Fall gewählt werden soll? Gibt es so etwas wie eine optimale Akkumulationsrate, die sich objektiv bestimmen läßt? Oder wovon soll die Planungszentrale ihre Entscheidung über das Akkumulationstempo abhängig machen? Hierzu ist zunächst einmal festzustellen, daß Variante 1 für ökonomisch rückständige Länder bedeuten würde, daß sie aus ihrer Rückständigkeit nicht herauskommen könnten. (Unter Berücksichtigung äußerer Bedrohung würde dies wahrscheinlich nicht nur Stillstand bedeuten, sondern Untergang, sofern sich ein solches System gegen äußere Aggressionen nicht zur Wehr setzen könnte.) Je rückständiger ein Land, umso dringender wäre im Grunde ein beschleunigtes Wachstum, das aber wiederum nur erreicht werden kann durch hohe Akkumulationsrate, d.h. durch hohen Konsumverzicht! Ein solcher Konsumverzicht ist aber - gerade aufgrund der Rückständigkeit und aufgrund des niedrigen Niveaus der Produktion und dadurch ermöglichten Konsumtion - nur schwer realisierbar.

Wir stoßen hier auf ein Dilemma, mit dem ökonomisch rückständige Länder auch unter sozialistischen Bedingungen zu kämpfen haben: Einerseits hätten gerade sie eine hohe Akkumulation nötig, andererseits aber ist das Konsumniveau bereits so niedrig, daß der Gesellschaft kaum ein noch stärkerer Konsumverzicht zugemutet werden kann. Die Rate der Akkumulation, die sich schließlich durchsetzen läßt, hängt



davon ab, inwieweit die unmittelbaren Produzenten entweder bereit sind oder aber durch Repressionen dazu gezwungen werden (Abb. 31a), den Konsum einzuschränken und gleichzeitig erhöhte Arbeitsleistungen zu erbringen. - Die Bereitschaft wird umso eher gegeben sein, je mehr sie sich mit dem Gesellschaftssystem identifizieren. Eine solche Identifizierung (im positiven Sinn) kann zu einer mächtigen Triebfeder gesellschaftlichen Engagements werden (Abb. 31b) und Potenzen freisetzen, die unter repressiven Bedingungen verschüttet werden oder sich subtil in Widerstand und Verweigerung äußern.

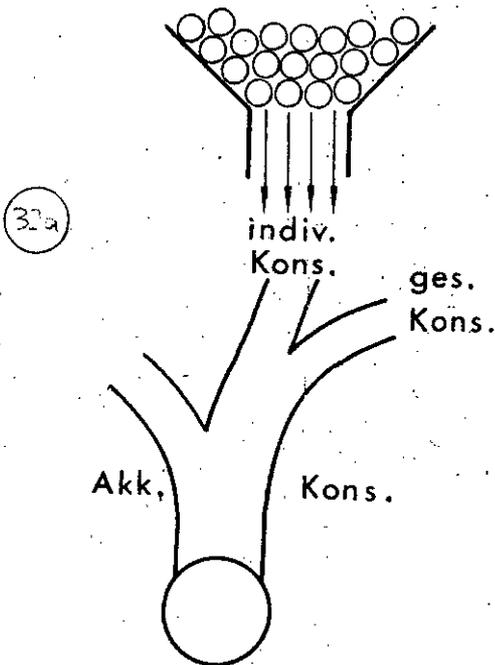
In einem ökonomisch hoch entwickelten Land scheinen die Dinge wesentlich einfacher zu liegen: Auf der einen Seite scheint ein weiteres Wachstum der Produktion und damit eine Akkumulation weniger dringlich, auf der anderen Seite müßte das Aufbringen von Akkumulationsmitteln wesentlich leichter sein, d.h. auch unter Aufrechterhaltung eines hohen Konsumniveaus. Allerdings muß bedacht werden, daß sich in einem Land, wo sich die Bevölkerung bereits an einen bestimmten hohen Konsumstandard gewöhnt hat, dem Zurückschrauben des Konsums zugunsten einer höheren Akkumulation erhebliche Widerstände in den Weg stellen können.

Aus diesen wenigen Überlegungen dürfte deutlich geworden sein, daß es eine allgemeingültige "optimale Akkumulationsrate" nicht geben kann, sondern daß es sich bei der Entscheidung für eine bestimmte Akkumulation um eine politische Entscheidung handelt, die die konkreten ökonomischen und gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen berücksichtigen muß. Die Entscheidung kann insofern nicht willkürlich getroffen werden, sondern ihr Spielraum ist vielmehr begrenzt durch objektive ökonomische und gesellschaftliche Bedingungen.

II. Die Planung des Verhältnisses zwischen individuellem und gesellschaftlichem Konsum

Mit der Entscheidung über die Aufteilung zwischen Akkumulation und Konsumtion sind quasi die Weichen gestellt für die Entwicklungsrichtung der Gesamtwirtschaft. Die weiteren Entscheidungen bezüglich der Produktionsstruktur haben sich darauf zu beziehen, wie sich diese beiden groben Ströme weiter verzweigen. Bezüglich des Konsums ist z.B. festzulegen, welcher Anteil dem individuellen Konsum und welcher dem gesellschaftlichen Konsum zufließen soll. Zum gesellschaftlichen Konsum gehört z.B. die unentgeltliche Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen, seien es Straßen, Schulen, Gesundheitsversorgung, Verkehrsmittel oder Wohnraum. Durch die unentgeltliche Bereitstellung gesellschaftlichen Konsums verliert das Geld in diesen Bereichen seine Funktion, Anspruch auf Waren zu sein. M.a.W.: Im Bereich des gesellschaftlichen Konsums ist die Ware-Geld-Beziehung aufgehoben. Das Geld vermittelt nur noch im Bereich des individuellen Konsums einen

Anspruch auf Waren. Das bedeutet aber auch, daß nur noch hier die unterschiedliche Verteilung von Geld und Einkommen zum Tragen kommt und sich in einem unterschiedlich großen Anspruch auf Konsumprodukte äußert (symbolisch dargestellt durch den Trichter in Abb. 32a, der die Nachfrage gegenüber den vorhandenen Kaufbedürfnissen einengt).



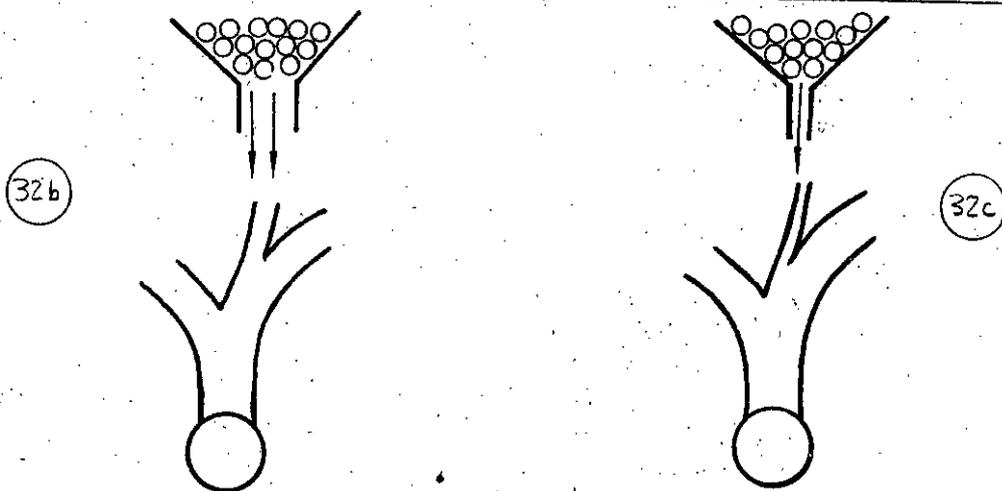
Mit der Abschaffung der Ware-Geld-Beziehung ist allerdings das Verteilungsproblem nicht automatisch gelöst, sondern muß auf andere Weise geregelt werden, jedenfalls solange eine Knappheit des Angebots im Verhältnis zu den vorhandenen Bedürfnissen herrscht. Z.B. könnte pro Kopf das gleiche zugeteilt werden, oder die Zuteilung bzw. Inanspruchnahme erfolgt je nach Bedürftigkeit, oder es bilden sich bestimmte Privilegien bei der Verteilung heraus. U.U. brauchen auch gar

keine Zuteilungskriterien angewendet werden, wenn im Verhältnis zur Inanspruchnahme genügend gesellschaftlicher Konsum bereitgestellt wird. Dieser Zustand ist nicht nur denkbar in einer Gesellschaft im Überfluß, sondern kann auch erreicht werden durch gesellschaftliche Disziplin bzw. Einsicht der Massen in den Tatbestand, daß jeder mit Rücksicht auf die anderen die öffentlichen Leistungen nur begrenzt in Anspruch nehmen kann. Inwieweit sich also im Konsumbereich ein Ab-

sterben von Ware-Geld-Beziehungen ergeben kann, ohne daß stattdessen andere restriktive Zuteilungskriterien notwendig werden, hängt wesentlich ab vom Bewußtseinsstand einer Gesellschaft. Die Möglichkeit hierzu rückt umso näher, je weiter sich ein solidarisches bzw. sozialistisches Bewußtsein entwickelt hat.

Im übrigen würden durch das Absterben von Ware-Geld-Beziehungen auch die Einkommensunterschiede an Bedeutung verlieren, was wiederum zu einem Abbau von Neid und Konkurrenzverhalten und somit tendenziell zur Entfaltung solidarischen Bewußtseins führen könnte.

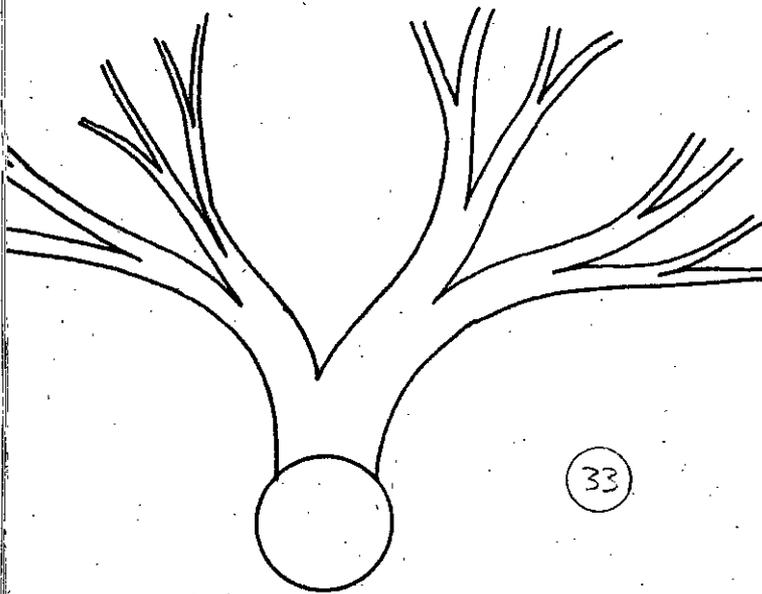
Daraus wird deutlich, daß das Verhältnis des gesellschaftlichen Konsums zum individuellen Konsum ein Indiz sein kann für die Entwicklungsrichtung eines Systems: Im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaft müßte der individuelle Konsum zugunsten des gesellschaftlichen zunehmend in den Hintergrund treten (Abb. 32b/c). Hinter der formalen Ausweitung des gesellschaftlichen Konsums kann sich allerdings das



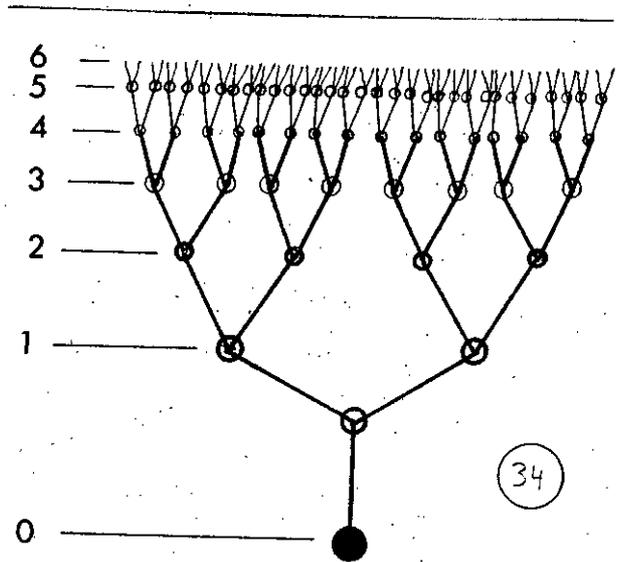
Aufkommen von Privilegien verbergen, die einer bestimmten Schicht auch ohne Geld einen privilegierten Zugang zu öffentlichen Leistungen verschaffen. In einem solchen Fall wäre die bloß formale Ausweitung des gesellschaftlichen Konsums noch kein Indiz für die Durchsetzung sozialistischer Tendenzen.

III. Die Planung der Proportionen zwischen den Sektoren

Selbstverständlich kann die gesamtwirtschaftliche Planung nicht bei der groben Aufteilung in Akkumulation einerseits und individuellen bzw. gesellschaftlichen Konsum andererseits stehenbleiben, sondern muß wesentlich differenzierter vorgehen. Abb. 33 will die differenzierte Aufgabelung der einzelnen Ströme symbolisieren. Die erste Aufgabelung des Akkumulationsstroms kann z.B. bedeuten, daß die Akkumulationsmittel teilweise der Abteilung I (Produktionsmittelindustrie) und zum andern Teil der Abteilung II (Konsumtionsmittelindustrie) zugeführt werden, während die zweiten Gabelungen andeuten, auf welche Sektoren innerhalb dieser Bereiche sich die Mittel jeweils verteilen. Ebenso läßt sich die Konsumproduktion für den individuellen Konsum weiter aufschlüsseln nach den einzelnen Sektoren innerhalb der verarbeitenden Industrie bis hin zu den einzelnen Sparten von Konsumgütern. M.a.W.: die Planung kann von sehr groben, abstrakten Größen zu immer weiter differenzierten, konkreten Größen fortschreiten.



33



34

1) Zum Verhältnis von abstrakter und konkreter Planung

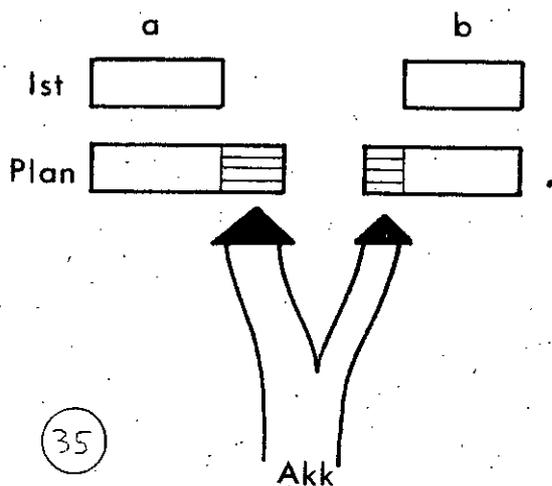
Die Unterscheidung zwischen Textilindustrie und Elektroindustrie z.B. spielt sich auf einer tieferen - abstrakteren - Ebene ab als (innerhalb der Elektroindustrie) die Unterscheidung zwischen einer Glühlampe und einer Neonröhre. Einen noch größeren Konkretheitsgrad besitzt die Unterscheidung zwischen 60-Watt-Glühlampen und 100-Watt-Glühlampen. Dieses Beispiel soll nur verdeutlichen, daß sich die Planung der Produktion auf unterschiedliche Ebenen der Konkretheit beziehen kann und daß gesamtgesellschaftliche Planung nicht unbedingt bedeuten muß, daß die Produktion bis ins letzte Detail zentral geplant wird. Es ist wichtig, auf diesen Punkt hinzuweisen, weil in der Diskussion um sozialistische Systeme insbesondere von bürgerlicher Seite immer wieder das Argument zu hören ist, daß eine zentrale Planbehörde den Bedarf der Bevölkerung nicht bis ins letzte Detail vorausplanen können und deswegen eine sozialistische Planwirtschaft notwendigerweise nicht funktionieren könne. Dazu ist zu sagen, daß sozialistische Planung auch und vor allem bedeuten kann: Planung der grundlegenden Proportionen zwischen den einzelnen Sektoren, wobei die Detailplanung durchaus den unteren Ebenen überlassen werden kann, ohne die geplante Entwicklung der Gesamtstruktur zu gefährden.

Abb. 34 soll diese Überlegung noch einmal verdeutlichen. In ihr ist der "Baum" aus Abb. 33 noch einmal schematisch dargestellt und weiter aufgegliedert (wobei nur der Einfachheit halber eine Gabelung in jeweils zwei Äste gewählt wurde). Darüberhinaus sind die verschiedenen Ebenen von Abstraktheit bzw. Konkretheit bezeichnet. Eine Planungsentscheidung, die sich z.B. auf Ebene 2 bezieht, stellt quasi die Weichen für die nachgelagerten konkreteren Ebenen. Je abstrakter also die Planungsebene, umso relevanter sind die Entscheidungen für die Entwicklungsrichtung der Gesamtwirtschaft, weil von ihnen der Rahmen gesteckt wird für die Entwicklung der jeweils nächst konkreteren Ebenen.

2) Lenkung der Akkumulationsmittel und geplante Veränderung der Produktionsstruktur

Angenommen nun, die Planungszentrale plane eine bestimmte Struktur der Konsumgüterproduktion. Wie kann sie gewährleisten, daß diese Struktur realisiert wird? Zunächst einmal muß sie über eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Kapazitäten verfügen, und zwar nicht nur in globalen Ziffern, in Aggregaten, wo z.B. die unterschiedlichsten Maschinen statistisch zusammengewürfelt und z.B. nur wertmäßig addiert sind, sondern aufgefächert danach, welche konkreten Produkte mit den jeweiligen Kapazitäten hergestellt werden können. Nicht auf eine abstrakte wertmäßige Übersicht kommt es also an, sondern auf eine stofflich-konkrete Übersicht über die Struktur der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten. Dabei wird zu berücksichtigen sein, daß manche Kapazitäten nur für ganz bestimmte Zwecke genutzt werden können, andere hingegen vielseitiger einsetzbar sind.

Der stofflichen Struktur der vorhandenen Kapazitäten in der Konsumtionsmittelindustrie ist nun gegenüberzustellen die stoffliche Struktur der geplanten Konsumgüterproduktion. Dabei werden sich in einzelnen Sektoren mehr oder weniger große Abweichungen zwischen den gegebenen Kapazitäten und den für die angestrebte Produktion erforderlichen Kapazitäten ergeben. Diese Abweichungen müssen beseitigt werden durch Zuführung von Akkumulationsmitteln, und zwar entsprechend der notwendigen Kapazitätserweiterung (Abb.35).



Nun mag es freilich sein, daß die angestrebte Produktionsausweitung insgesamt im Mißverhältnis steht zu den beschränkten Akkumulationsmöglichkeiten. In diesem Fall bleibt nichts anderes übrig, als den ursprünglichen Plan zu revidieren, sei es durch proportionales Herunterschrauben der ursprünglichen Produktionsmengen, sei es durch Setzen von Prioritäten. In einem sukzessiven Näherungsverfahren (das mathematisch zu bewältigen ist) kann schließlich die Struktur der Konsumgüterproduktion in Übereinstimmung gebracht werden mit der Struktur der Produktionsmöglichkeiten, die ihrerseits durch eine bestimmte

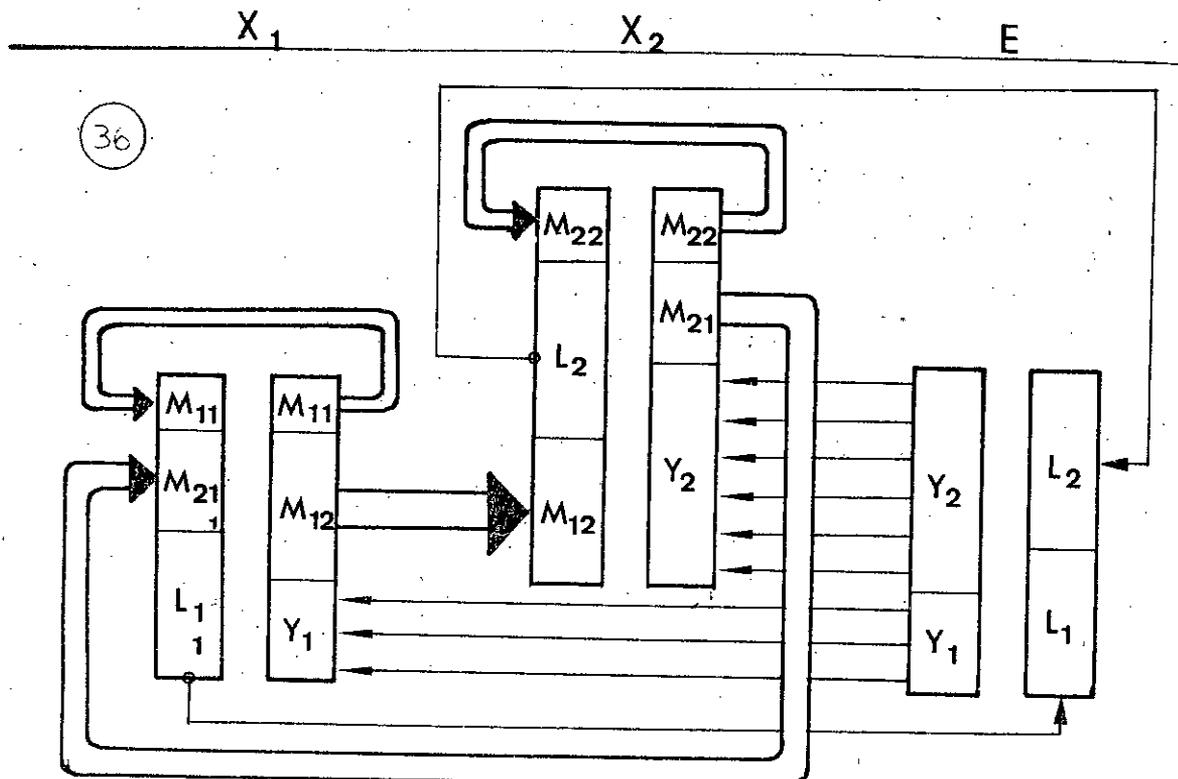
Lenkung der Akkumulationsmittel den Produktionserfordernissen angepaßt werden kann.

3) Die Berücksichtigung der intersektoralen Liefer- und Bezugsverflechtungen

Aus der Lenkung der Akkumulationsmittel ergeben sich wiederum Rückwirkungen auf die notwendige Struktur der Produktionsmittelindustrie. Denn je nachdem, welcher Bereich der Konsumgüterindustrie ausgeweitet werden soll, werden unterschiedliche Produktionsmittel benötigt, also auch unterschiedliche Sektoren der Produktionsmittelindustrie davon betroffen. Bestimmte Produktionsmittel (z.B. Energie) sind zwar gleichermaßen in allen Sektoren verwendbar, andere hingegen (z.B. Webstühle) nur in einem bestimmten Sektor. Um also die notwendige Struk-

tur des Produktionsmittelsektors zu ermitteln, müssen die Liefer- und Bezugsverflechtungen zwischen den einzelnen Sektoren der Konsumgüterindustrie und der Produktionsmittelindustrie aufgefächert werden - und ebenso die Verflechtungen der Sektoren innerhalb der beiden Abteilungen. Denn aus der Ausdehnung eines Sektors in der Konsumgüterindustrie ergeben sich mehr oder weniger starke Rückwirkungen auf alle Sektoren, die diese Industrie direkt oder indirekt beliefern, sei es mit Maschinen, sei es mit Material oder Energie. Auch diese Sektoren müssen entsprechend ihre Produktion gemäß den liefermäßigen Verflechtungen ausdehnen.

Zur Verdeutlichung der intersektoralen Verflechtungen soll das folgende Modell dienen: Es handelt sich dabei um zwei Sektoren, die wechselseitig miteinander über Bezüge und Lieferungen verflochten sind. Beide Sektoren produzieren im übrigen auch für die aus den Einkommen stammende Konsumnachfrage. Die linken Blöcke von Sektor 1 bzw. Sektor 2 geben jeweils die Struktur der Bezüge (Kostenstruktur) an, die Rechten Blöcke hingegen die jeweilige Lieferstruktur (Erlösstruktur). M_{12} bedeutet z.B. Material und Maschinen, produziert in S_1 und geliefert an S_2 . M_{21} bedeutet umgekehrt Material und Maschinen, produziert in S_2 und geliefert an S_1 . (Der erste Index bezeichnet demnach jeweils den produzierenden bzw. liefernden Sektor, der zweite Index den die Lieferung beziehenden Sektor.) L_1 bzw. L_2 sind die Löhne, die in Sektor 1 bzw. Sektor 2 entstanden sind und als Einkommen auf der rechten Seite verbucht werden. Y_1 und Y_2 bezeichnet die Art der Verwendung dieser Einkommen, die sich auf Produkte des Sektors 1 bzw. des Sektors 2 lenken. Im Verhältnis Y_1 zu Y_2 kommt demnach die Struktur des Endprodukts zum Ausdruck. Die dicken Pfeilströme in Abb. 36 symbolisieren die Lieferströme zwischen den Sektoren, die dünnen Pfeile stellen Geldströme (Löhne bzw. Konsumnachfrage) dar.



4) Das Planungsinstrument der Input-Output-Analyse

Die grafische Darstellung der intersektoralen Verflechtungen läßt sich auch in Matrixform übersetzen:

	Ges.- Prod.	1	2	End- Prod.
1	X_1	M_{11}	M_{12}	Y_1
2	X_2	M_{21}	M_{22}	Y_2
		L_1	L_2	

Liest man die Matrixzeilen, so ergeben sich daraus die Lieferstrukturen der jeweiligen Sektoren, liest man sie spaltenweise, so kommt darin die Bezugsstruktur (Kostenstruktur) zum Ausdruck. Die erste Zeile z.B. bedeutet, daß die Produktion des Sektors 1 (X_1) teilweise an Unternehmen des Sektors 1 selbst fließt (in

Höhe von M_{11}), zum andern Teil an Sektor 2 (M_{12}) und teilweise an die Endnachfrage (in Höhe von Y_1). Die erste Spalte hingegen bedeutet, daß zur Produktion in Sektor 1 Bezüge in Höhe von M_{11} aus Sektor 1 selbst erforderlich sind, darüberhinaus in Höhe von M_{21} Bezüge aus Sektor 2, und außerdem Lohnkosten in Höhe von L_1 anfallen (für den Bezug an lebendiger Arbeit). Die Zeilen entsprechen also jeweils den rechten Blöcken in Abb. 36, die Spalten entsprechen den linken Blöcken. - Die Matrixschreibweise hat gegenüber der grafischen Darstellung den Vorteil, daß sie auch für wesentlich komplexere Verflechtungsstrukturen zwischen beliebig vielen Sektoren angewendet werden kann. Sie läßt sich umformen in ein System linearer Gleichungen, die mit Mitteln der Matrizenrechnung unter Einsatz von Computern gelöst werden können. (1)

1) Die Matrixzeilen in Gleichungsform geschrieben sehen wie folgt aus:

In ausführlicher Form hat dieses Gleichungssystem folgende Gestalt:

$$\begin{aligned} X_1 - m_{11}X_1 - m_{12}X_2 \dots - m_{1n}X_n &= Y_1 \\ X_2 - m_{21}X_1 - m_{22}X_2 \dots - m_{2n}X_n &= Y_2 \\ \dots & \\ X_n - m_{n1}X_1 - m_{n2}X_2 \dots - m_{nn}X_n &= Y_n \end{aligned}$$

Faßt man die gleichnamigen Variablen X_i zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

$$\begin{aligned} (1 - m_{11})X_1 - m_{12}X_2 \dots - m_{1n}X_n &= Y_1 \\ -m_{21}X_1 + (1 - m_{22})X_2 \dots - m_{2n}X_n &= Y_2 \end{aligned}$$

$$-m_{n1}X_1 - m_{n2}X_2 \dots + (1 - m_{nn})X_n = Y_n$$

Aus diesem Gleichungssystem läßt sich jetzt nach den Regeln der Matrizenrechnung [36] die entsprechende Matrixgleichung bilden:

$$\begin{bmatrix} 1 & 0 & \dots & 0 \\ 0 & 1 & \dots & 0 \\ \dots & \dots & \dots & \dots \\ 0 & 0 & \dots & 1 \end{bmatrix} - \begin{bmatrix} m_{11} & m_{12} & \dots & m_{1n} \\ m_{21} & m_{22} & \dots & m_{2n} \\ \dots & \dots & \dots & \dots \\ m_{n1} & m_{n2} & \dots & m_{nn} \end{bmatrix} \begin{pmatrix} X_1 \\ X_2 \\ \dots \\ X_n \end{pmatrix} = \begin{pmatrix} Y_1 \\ Y_2 \\ \dots \\ Y_n \end{pmatrix}$$

(E - M) x = y

$$X_1 = M_{11} + M_{12} + Y_1$$

$$X_2 = M_{21} + M_{22} + Y_2$$

$$X_1 - M_{11} - M_{12} = Y_1$$

$$X_2 - M_{21} - M_{22} = Y_2$$

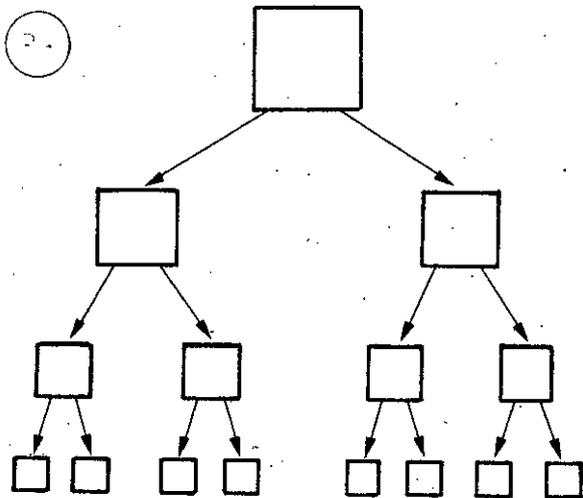
allgemein:

$$X_i - \sum_{j=1}^n M_{ij} = Y_i ; i = 1, 2, \dots, n$$

Wird eine bestimmte Struktur des Endprodukts angestrebt, so läßt sich mit der hier angedeuteten Methode mathematisch ermitteln, welche Größe und Struktur die Produktion in allen vorgelagerten Sektoren annehmen muß. Läßt sich mit den vorhandenen Kapazitäten bzw. Arbeitskräften und Rohstoffen das geplante Endprodukt nicht in voller Höhe realisieren, so müssen in einem mathematischen Näherungsverfahren so viele Varianten durchgespielt werden, bis schließlich eine realisierbare Variante ermittelt wird. Aus einer solchen Rechnung könnte auch hervorgehen, wie - unter Berücksichtigung der vorhandenen Akkumulationsmittel - die Kapazitäten der einzelnen Sektoren zu verändern wären und in welche Richtung insofern die Akkumulationsmittel gelenkt werden müßten.

5) Der hierarchische Charakter der Pläne

Die Entscheidungen über das Volumen der Produktion, die Struktur des Sortiments sowie die Höhe und Struktur des Aufwands an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit werden in diesem Modell nicht auf Betriebs ebene getroffen, sondern leiten sich aus dem Gesamtplan ab, dessen Teile aufeinander abgestimmt sind, d.h. der in sich "konsistent" ist. Aus diesem Gesamtplan ergeben sich für jeden einzelnen Sektor (und



innerhalb der Sektoren für jeden einzelnen Betrieb usw.) bestimmte Teilpläne, die in Form von Plandirektiven den unteren Instanzen zugeleitet werden und die es im Sinne des Gesamtplans zu erfüllen gilt. (Abb.37 will diesen hierarchischen Charakter des Plans symbolisieren.) Als Voraussetzung für die Erfüllung der Plandirektiven müssen die einzelnen Sektoren bzw. Betriebe und Abteilungen mit entsprechenden Materialien, Maschinen und Arbeitskräften versorgt werden, wobei die Zuteilung durch die zentrale Planungsinstanz erfolgt. W. Brus - ein polnischer Ökonom - schreibt hierzu:

"Die Zuteilung von Mitteln ist eng verknüpft mit den gesteckten Zielen: Gesamtvolumen der Produktion, ihre Struktur, Zeitsequenz usw. Daher dürfen die 'unteren' Instanzen weder mit den ihnen zugeordneten Mitteln selbständig disponieren - noch sie für andere Zwecke verwenden... Man kann also sagen, daß die ökonomische Wahl im wesentlichen auf zentraler Ebene getroffen wird - sowohl hinsichtlich der Produktionsziele als auch der Produktionsmethoden. Die 'unteren' Instanzen erfüllen im Grunde nur ausführende Funktionen; ihre Entscheidungsmöglichkeiten bewegen sich im Rahmen der zentralen Entscheidungen und solcher, die aus jenen resultieren, wobei der zugestandene Spielraum mit sinkender Stufe enger wird." (W.Brus: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt/Main 1971, S.107)

Festzuhalten ist, daß sich die hier erörterte Planung in konkreten stofflichen Einheiten, d.h. in Naturalform vollzieht und nicht primär in abstrakten Wert- oder Geldgrößen. Das heißt aber nicht, daß die

konkret unterschiedlichen stofflichen Einheiten nicht dennoch auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, also etwa in Geldgrößen ausgedrückt werden können. Mit der Bedeutung und Aussagekraft solcher monetärer Größen im System direkt zentralisierter Planung wollen wir uns im folgenden auseinandersetzen.

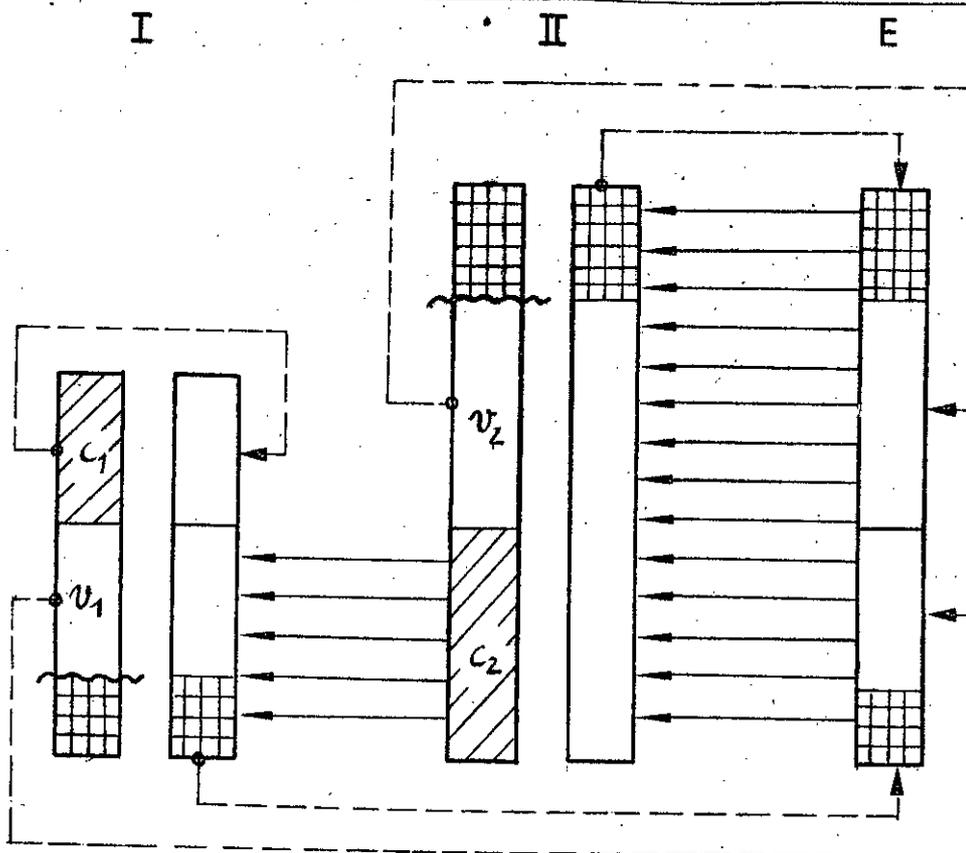
IV. Zur Bedeutung monetärer Größen im System direkt zentralisierter Planung

Sollen etwa die unterschiedlichen Aufwendungen für Material, Maschinen und Arbeitskraft auf einen gemeinsamen monetären Nenner gebracht werden, so setzt dies voraus, daß für diese Faktoren Preise existieren. Das gleiche gilt für die produzierten Produkte. Durch die Gegenüberstellung von monetären Erlösen und monetären Kosten läßt sich auch ein monetärer Gewinn ermitteln. Dabei müssen wir uns darüber klar sein, daß die Preise nicht von den einzelnen Betrieben gemacht werden, oder sich aus bestimmten Marktkonstellationen ergeben (Angebots-Nachfrageverhältnis), sondern daß sie von der zentralen Instanz festgelegt werden. Unklar ist allerdings noch, nach welchen Gesichtspunkten dies erfolgen könnte und wie die zentrale Preisplanung die Aussagekraft der monetären Größen einschließlich des Gewinns beeinflussen kann. Diesem Problem wollen wir uns im folgenden zuwenden, indem wir modellhaft einige Alternativen der Preisplanung durchspielen. Dabei unterteilen wir die Gesamtwirtschaft modellhaft in zwei Sektoren (I = Produktionsmittelsektor, II = Konsumtionsmittelsektor) und legen das Marxsche Reproduktionsschema in der von uns grafisch umgesetzten Form zugrunde. (Vgl. hierzu ausführlich: B.Semf: Didaktik der Mehrwerttheorie, S.98ff)

1) Modelle zur zentralen Beeinflussung der Gewinnentstehung

a) Preisplanung entsprechend den Werten

In einem ersten Modell (Abb. 38a) wollen wir davon ausgehen, daß die Preise der Produkte entsprechend dem zu ihrer Reproduktion erforderlichen gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand, d.h. entsprechend

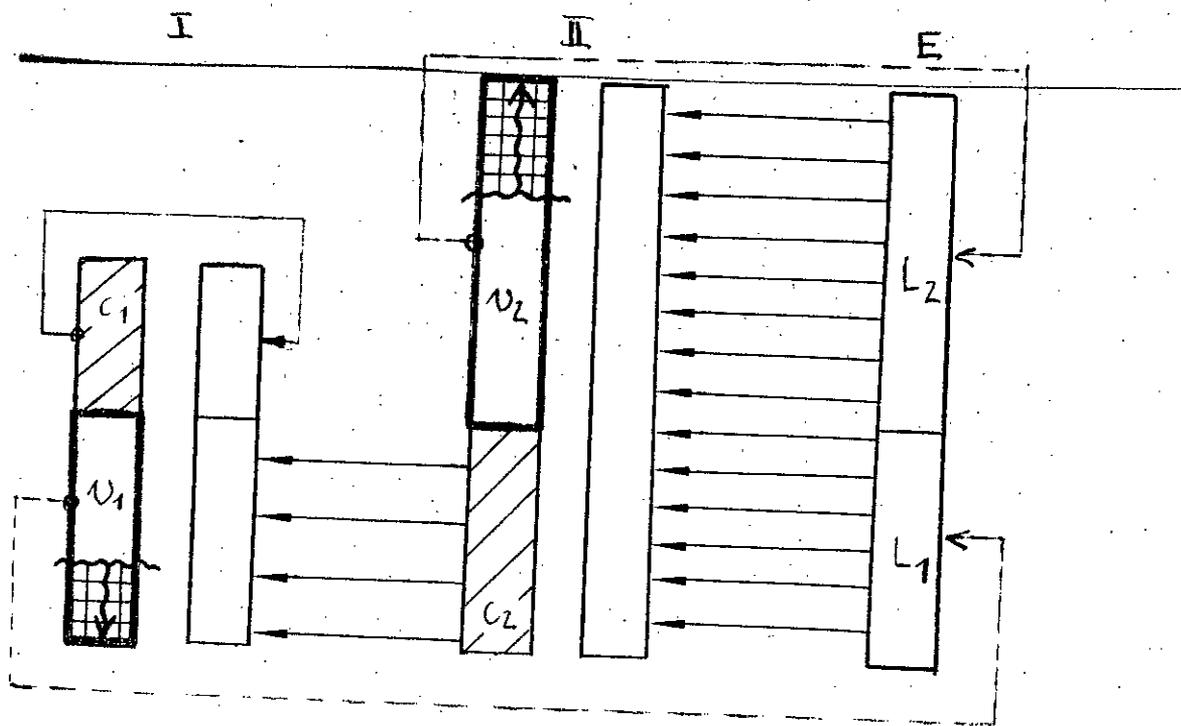


ihrem Wert festgelegt werden. (In Analogie zu den Marxschen Reproduktionsschemata unterscheiden wir zwischen c (konstantes Kapital = Aufwendungen für Produktionsmittel) und v (variables Kapital = Aufwendungen für lebendige Arbeit), wobei wir uns darüber klar sein sollten, daß es sich hierbei nicht um "Kapital" im marxistischen Sinn handelt als einem nach Selbstverwertung drängenden Wert, der das Klassenverhältnis Lohnarbeit - Kapital impliziert.)

Die jeweils linken Blöcke in Abb. 38a stellen die produzierten Werte dar, während in den jeweils rechten Blöcken die realisierten Werte (Erlöse) zum Ausdruck kommen. In beiden Sektoren übersteigen die Erlöse die Kostpreise, es entsteht also ein Gewinn, der jeweils dem Mehrprodukt entspricht. Die entstandenen Löhne und Gewinn werden in diesem Modell voll verausgabt und strömen nach Sektor II. Eine Akkumulation findet unter diesen Bedingungen nicht statt.

b) Entlohnung der Arbeitskraft über Wert

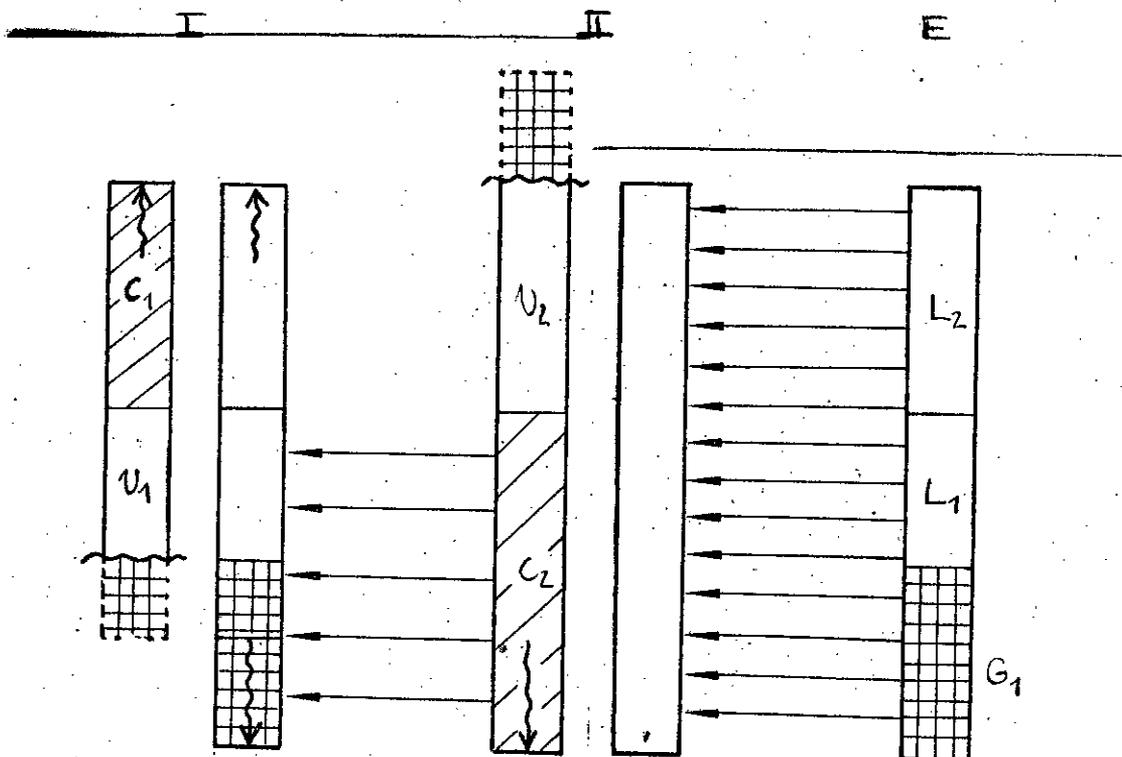
In Abb. 38b wird modellhaft davon ausgegangen, daß die Arbeitskraft in voller Höhe des von ihr produzierten Produkts (einschließlich des Mehrprodukts) entlohnt wird, d.h. also über ihre Reproduktionskosten. Diese Entlohnung über Wert wird grafisch angedeutet durch die geschlängelten Pfeile. In diesem Fall würden nur Lohn Einkommen entstehen, die wiederum voll für Konsum verausgabt werden. Gewinneinkommen würden unter diesen Bedingungen nicht existieren, obwohl ein Mehrprodukt produziert worden ist. Die zentrale Preisplanung hat also durch die Bestimmung der Lohnhöhe Einfluß darauf, in welcher Höhe gesamtwirtschaftlich Gewinne entstehen.



38b

c) Planung der Produktionsmittelpreise über Wert

Abb. 38c stellt ein Modell dar, in dem die Produktionsmittelpreise über ihrem Wert angesetzt sind. Dadurch erhöhen sich für Sektor II - bei gleichbleibender stofflicher Menge der bezogenen Produktionsmittel - die Aufwendungen für Produktionsmittel (c), und zwar insgesamt in einer Höhe, die den ursprünglichen Gewinn in Abteilung II verschwinden läßt. In Abteilung I werden zwar auch die Aufwendungen für Produktionsmittel (c_1) erhöht, aber in gleichem Maße steigen auch die Erlöse aus den Lieferungen an Betriebe des Sektors I. Was an Erlösen aus II in I auftritt, wirkt hingegen voll gewinnerhöhend. Im Ergebnis hat sich also der Gewinn in I um den Betrag erhöht, um den er in II zusammengeschrumpft ist.



2) Die Aussagekraft der Gewinne

a) Zur Problematik eines Gewinnvergleichs zwischen den Sektoren

Was sagt nun in diesem Beispiel die Tatsache aus, daß in I ein hoher Gewinn entsteht, während in II überhaupt kein Gewinn mehr auftritt? Bedeutet das, daß der Produktionsmittelsektor produktiver ist als der Konsumtionsmittelsektor? Die Antwort ist: nein! Das Auftreten von Gewinnen in I hat mit einer Produktivitätsüberlegenheit nicht das geringste zu tun, sondern ist nichts anderes als das Ergebnis einer bestimmten Preisplanung. Die Produktivität mag dieselbe sein wie in Abb. 38a, dennoch ist die Entstehung von Gewinnen eine andere. Daran wird soviel deutlich, daß die zentrale Planungsinstanz über das Mittel der zentralen Preisplanung Einfluß hat auf die Gewinnentstehung in den einzelnen Sektoren. (Daß sie darüberhinaus auch Einfluß auf die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Gewinns hat, wurde bereits abgeleitet.) Ein Vergleich der Gewinne zwischen den einzelnen Sektoren hat also unter den zugrundegelegten Bedingungen keinerlei Aussagekraft.

b) Die Möglichkeit eines zeitlichen Gewinnvergleichs bzw. eines Soll/Ist-Vergleichs

Anders verhält es sich, wenn die Gewinnentwicklung eines Sektors über die Zeit hinweg verfolgt wird. Selbst auf der Basis verzerrter Preise lassen sich - sofern die verzerrten Preise konstant bleiben - Rückschlüsse aus der Gewinnentwicklung ziehen. Steigt z.B. der Gewinn an, so kann das ein Indiz dafür sein, daß ein verbessertes Verhältnis zwischen Einsatz und Ausbringung erreicht wurde und infolgedessen die Kosten gesenkt werden konnten. Entsprechend läßt sich auch ein Vergleich zwischen dem geplanten Gewinn (Soll) und dem tatsächlich dann eintretenden Gewinn (Ist) innerhalb einer Periode anstellen. Ein solcher Vergleich ist geeignet als Kontrollinstrument dafür, inwieweit die von der Zentrale vorgegebene Plandirektive realisiert wurde.

3) Die Problematik der Koppelung zwischen Gewinnentstehung und Gewinnverwendung

Die Aussagekraft von Gewinnen hat vor allem dann Bedeutung, wenn an das Eintreten oder Nichteintreten von Gewinnen bestimmte Konsequenzen gekoppelt sind.

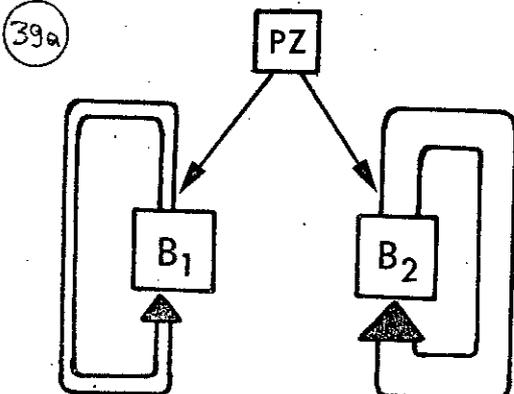
a) Die Koppelung unter kapitalistischen Bedingungen

Unter kapitalistischen Bedingungen besteht die Koppelung ja darin, daß über die realisierten Profite vom Einzelkapital (vom Unternehmen) verfügt werden kann und daß die Profite z.B. für weitere Kapitalakkumulation verwendet werden können. Je größer die realisierten Profite, umso größer die Akkumulationsmöglichkeiten, umso stärker auch die Tendenz zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals. An das Eintreten von dauerhaften Verlusten ist hingegen die Sanktion des ökonomischen Untergang des Einzelkapitals (Konkurs) geknüpft. Derartige gesamtwirtschaftlich weitreichende Konsequenzen sind umso problematischer, je verzerrter die Aussagekraft von Gewinnen im Hinblick auf eine gesamtwirtschaftliche bzw. gesamtgesellschaftliche Rationalität ist. Die automatische Koppelung zwischen Gewinnentstehung und privater Gewinnverwendung im Kapitalismus impliziert den ganzen Prozeß der Verselbständigung der Kapitalverwertungsinteressen gegenüber den Interessen der unmittelbaren Produzenten.

b) Die Koppelung unter sozialistischen Bedingungen

Wie stellt sich demgegenüber der Zusammenhang zwischen Gewinnentstehung und Gewinnverwendung im System direkt zentralisierter sozialistischer Planung dar? Zunächst einmal haben wir festgestellt, daß mit dem Mittel der Preisplanung die Gewinnentstehung in den Sektoren bzw.

Betrieben zentral beeinflußt werden kann. Selbst wenn die Betriebe die entstandenen Gewinne voll für betriebliche Akkumulationszwecke verwenden könnten, läge bereits in der zentralen Beeinflussung der Gewinnentstehung ein Unterschied zum kapitalistischen System: Die Planungszentrale könnte nämlich über die gesteuerte Gewinnentstehung den einzelnen Sektoren diejenigen Akkumulationsmittel zuführen, die für ihre geplante Expansion erforderlich sind, und damit



gezielt Einfluß nehmen auf die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsstruktur. (Abb. 39a will diesen Fall zentral beeinflusster Gewinnentstehung bei gleichzeitiger betrieblicher Verwendung des Gewinns symbolisieren.)

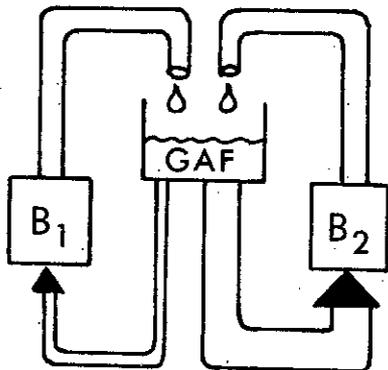
c) Die Problematik einer Koppelung bei verzerrtem Preissystem

Problematisch ist die betriebliche Verwendung der entstandenen Gewinne aber dann, wenn die Aussagekraft der Gewinne verzerrt ist, wenn kein systematisches, in sich konsistentes Preissystem zugrundeliegt. Werden z.B. die Preise über lange Jahre konstant gehalten, um einen Gewinnvergleich über die Zeit zu ermöglichen, so kann dieses Ziel in Widerspruch geraten mit den inzwischen eingetretenen unterschiedlichen Produktivitätsentwicklungen bei der Herstellung der einzelnen Produkte. Hinter den Kulissen konstanter Preisverhältnisse mag sich der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand in einer Branche viel stürmischer verringert haben als in einer anderen; wenn die Preise Ausdruck des Werts sein sollten, müßten sie sich entsprechend verändern. Geschieht dies aber nicht, so werden automatisch die Gewinne, die auf der Basis der nunmehr verzerrten Preise entstanden sind, in ihrer ökonomischen Aussagekraft fragwürdig. Das gleiche trifft natürlich zu, wenn die Preisverhältnisse mehr oder weniger willkürlich von der Planungszentrale festgelegt werden, u.U. aus Mangel an Informationen, die für ein konsistentes Preissystem erforderlich wären. Gerade in der Aufbauphase eines sozialistischen Systems wird man davon ausgehen müssen, daß über den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand der einzelnen Produkte noch keine hinreichenden statistischen Informationen vorliegen können und deswegen u.U. angeknüpft werden muß an die bis dahin herausgebildete und entsprechend verzerrte Preisstruktur.

4) Die Durchbrechung der Koppelung im System direkt zentralisierter Planung

Aus der Erkenntnis der Problematik einer solchen Koppelung folgt, daß in einer sozialistischen Planökonomie unter den genannten Bedingungen eine derartige Koppelung vermieden werden muß. Im System direkt zentralisierter Planung muß sichergestellt werden, daß die Planungszentrale direkten Zugriff bekommt auf die entstandenen Gewinne; das heißt im Extrem, daß diese Gewinne in voller Höhe an einen gesellschaftlichen Akkumulationsfonds (GAF) abgeführt werden, wobei die

39b



Planungszentrale (PZ) über die Verwendung der Gewinne entscheidet (Abb. 39b). Unter diesen Bedingungen wäre es gleichgültig, wie verzerrt die Aussagekraft eines Gewinnvergleichs zwischen den Sektoren ist, denn an das Eintreten oder Nicht-eintreten von Gewinnen wäre keinerlei Konsequenz geknüpft. Die Gewinne müßten in jedem Fall an die Zentrale abgeführt werden. Dem Preissystem käme unter solchen Bedingungen für die Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsstruktur keine Bedeutung zu, in ihr würden sich weder Wertverhältnisse

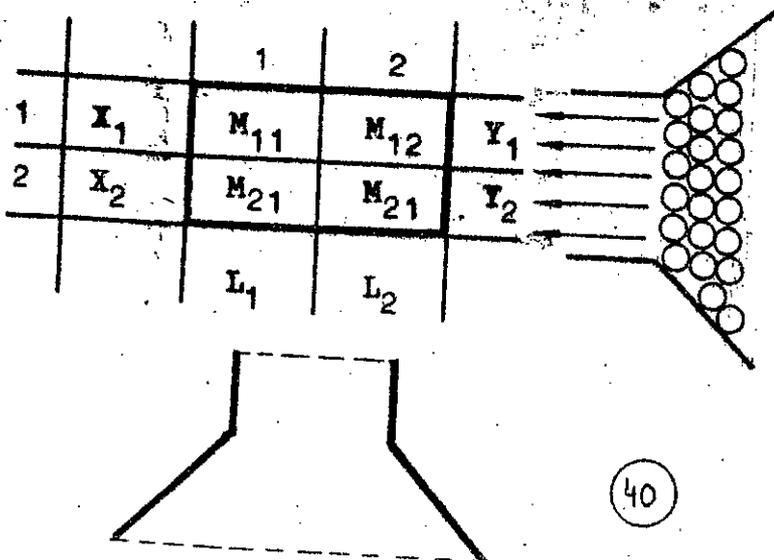
noch Knappheitsverhältnisse widerspiegeln. (Lediglich im Verhältnis zu den Konsumenten hätte die Preisstruktur eine reale Auswirkung (jedenfalls für den Fall der freien Konsumwahl); Produkte mit relativ niedrigen Preisen könnten mehr gekauft werden, während der Kauf von Produkten mit relativ hohen Preisen erschwert würde. Die Preisstruktur der Konsumgüter hätte damit einen relevanten Einfluß auf die Verteilung des Konsums.)

5) Die passive Rolle des Geldes bei der Planung der Produktionsstruktur

Aus dem Gesagten wird deutlich, daß im System direkt zentralisierter Planung an das Entstehen der monetären Größe Gewinn keine unmittelbaren Konsequenzen geknüpft sind, die die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsstruktur beeinflussen würden. Die Strukturentwicklung wird vielmehr direkt beeinflusst durch die konkrete, in stofflichen Einheiten sich vollziehende Planung und Lenkung der Akkumulationsmittel in bestimmte gesamtwirtschaftliche Bahnen. Diese primär stoffliche Strukturplanung wird lediglich überlagert von einer zusätzlichen monetären Darstellung der stofflichen Größen, die auf diese Weise auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Weil die Geldgrößen keine lenkende, sondern lediglich eine kontrollierende Funktion haben, spricht W. Brus in diesem Zusammenhang von der "passiven Rolle des Geldes" (Brus: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, a.a.O. S. 121f.) Demgegenüber hätte das Geld eine "aktive Rolle", wenn die Geldgrößen (Preise, Löhne, Gewinne) sich unmittelbar auswirken würden auf die Lenkung der Nachfrage bzw. der Produktion und des Arbeitskräfteeinsatzes.

6) Die aktive Rolle des Geldes am Arbeitsmarkt

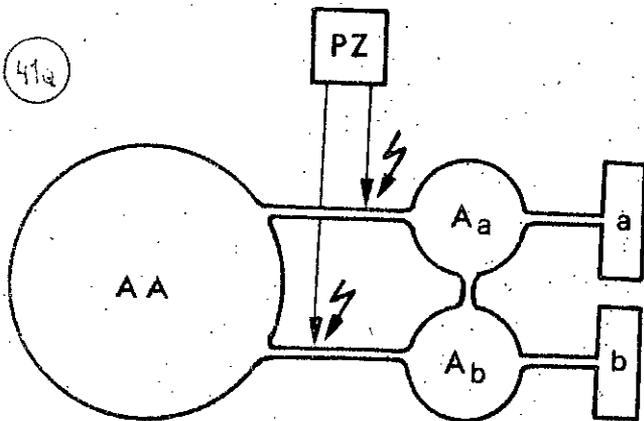
Die bisherigen Überlegungen bezogen sich auf die Planung der Produktionsstruktur, d.h. auf das Verhältnis der einzelnen Sektoren innerhalb des Produktionsbereichs zueinander, das durch die wechselseitigen Lieferungen und Bezüge bestimmt ist. (In unserer Matrix kommen diese Verflechtungen in dem dick umrandeten Feld zum Ausdruck.) Nicht diskutiert wurde dabei die Frage, welche Rolle das Geld bei der Lenkung der Arbeitskräfte in bestimmte Bereiche der Produktion spielt bzw. welche Bedeutung ihm zukommt bei der Lenkung der Konsumnachfrage. Beide Fragen hängen eng miteinander zusammen: denn indem die Arbeitskräfte in Geldform entlohnt wird, treten auch die Ansprüche auf das Konsumprodukt in Form von geldlicher Nachfrage auf. Durch die Summe der gezahlten Löhne wird der Spielraum festgelegt, innerhalb dessen sich auf dem Konsumgütermarkt die Kaufbedürfnisse Geltung verschaffen können durch Nachfrage nach unterschiedlichen Konsumprodukten ($Y_1 + Y_2$). (Abb. 40 soll diesen Zusammenhang durch den Trichterhals unter L_1 und L_2 ausdrücken; der



40

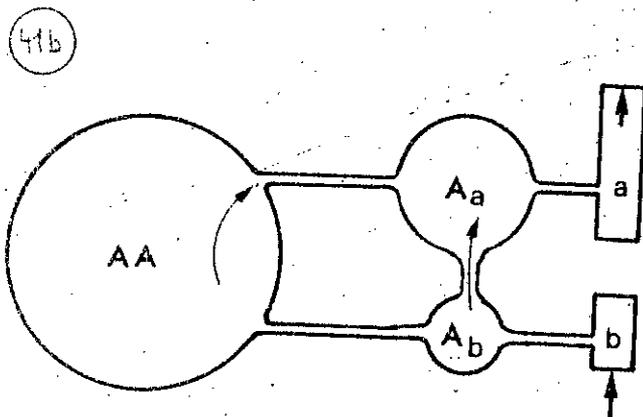
gleiche Trichter begrenzt - bezogen auf die Nachfrage nach Konsumgütern Y_1 und Y_2 - die Realisierung der Kaufbedürfnisse.) Das Geld hatte insofern die Funktion, die Ansprüche auf das Konsumprodukt global, a.h. in der Summe zu begrenzen und eine Koppelung dieses Anspruchs mit der Arbeitsleistung herzustellen. Damit ist noch nichts ausgesagt über die strukturelle Lenkung der Arbeitskräfte in bestimmte Bereiche, die von der geplanten Produktionsstruktur her vorgegeben sind.

Diese Lenkung der Arbeitskräfte kann prinzipiell auf unterschiedliche Weise erfolgen: einmal auf administrativem Weg, indem die Arbeiter von der Zentrale - sei es durch Überzeugungsarbeit bzw. Massenmobilisierung, sei es durch Formen von Arbeitszwang - den jeweiligen Bereichen zugeführt werden. Letzteres würde bedeuten, daß eine "freie Wahl des Arbeitsplatzes" und damit auch eine "frei Berufswahl" nicht gegeben wären. (Abb.41a soll dieses Prinzip symbolisieren: Das gesamt-



gesellschaftliche Arbeitspotential - die abstrakte Arbeit AA - wird durch die Planungszentrale in bestimmte konkrete Verwendungen gelenkt (A_a = Arbeit zur Herstellung des Produkts a). Bildlich gesprochen würde die Arbeitskraft quasi in die jeweiligen Verwendungen hineingedrückt (u.U. auch gegen den Willen der betroffenen Arbeiter).

Ein anderes Prinzip bestünde darin, daß die Arbeitskraft mittels bestimmter Anreize bei prinzipiell freier Arbeitsplatzwahl in die erwünschten Bereiche gezogen wird, in die sie ohne entsprechende Anreize nicht geströmt wäre. In diesem Zusammenhang können die differenzierten Geldlöhne eine lenkende Funktion übernehmen: In Bereichen, wo zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden, wird der Geldlohn planmäßig angehoben, in Bereichen hingegen, wo Arbeitskräfte freigesetzt werden sollen, würde der Geldlohn entsprechend verringert (Abb.41b) In diesem Fall käme dem Geld eine Aktive, eine lenkende Funktion auf dem Arbeitsmarkt zu: der Geldlohn würde zum Instrument, um die Arbeits-

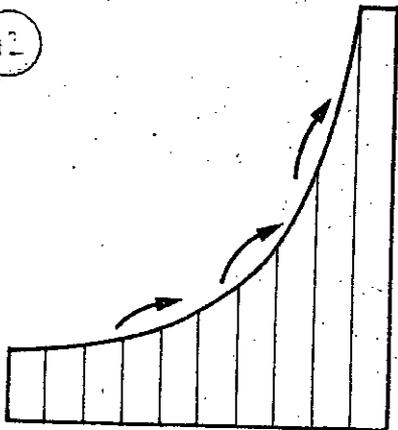


kraft in bestimmte geplante Bahnen zu lenken, wobei die individuellen Entscheidungen über die Arbeitsplatzwahl eben von dieser Geldgröße beeinflusst werden. Brus schreibt hierzu:

"Die Geschichte der Wirtschaft der Sowjetunion und der sozialistischen Ländern kennt viele Beispiele von Rückgriffen auf außerökonomische Mittel zur Arbeitskraftverteilung - verschiedene Formen der Mobilisierung, des Verbots von Arbeitsplatzwechsel etc; man darf jedoch die Anwendung solcher Mittel nicht als Merkmal des zentralistischen Modells definieren. Im Prinzip ist die Zentralisierung der ökonomischen Entscheidungen mit der freien Wahl von Beruf und Arbeitskraft (es muß wohl heißen: Arbeitsplatz, B.S.) vereinbar, unter der Bedingung allerdings, daß die Anwendung ökonomischer Mittel, also der Lohnpolitik, zentralisiert wird." (Brus: Funktionsprobleme S.117)

Der Einsatz des Geldlohns als lenkendes Instrument führt allerdings notwendigerweise zur Herausbildung unterschiedlicher Geldeinkommen. In den Bereichen, in denen Arbeitskräfte angelockt werden sollen, verdienen die Arbeiter mehr Geld als in anderen Bereichen. Dies mag ein Ausgleich sein für höhere Belastungen, die bis dahin die Arbeiter von dieser Tätigkeit abschreckten. Sozialistischen Prinzipien würde es allerdings entsprechen, die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen bzw. Lebensbedingungen in der Umgebung des Arbeitsplatzes tendenziell soweit wie möglich anzugleichen, um den Widerstand gegen bestimmte Tätigkeiten abzubauen. Darüberhinaus sei an das Prinzip der Rotation als einer weiteren Möglichkeit erinnert. Problematisch erscheint es hingegen, die erschwerten Arbeitsbedingungen für einzelne zu belassen und als Kompensation dafür einen höheren Geldlohn zu zahlen. Problematisch vor allem deshalb, weil eine Differenzierung in der Entlohnung dahin tendiert sich zu verselbständigen, indem mit der Entstehung von

42



Einkommenshierarchien auch die Konkurrenz im Konsum- und Sozialverhalten allgemein angeheizt wird. (Abb.42) Unter solchen Bedingungen würde wiederum das Geld, der materielle Anreiz, zum primären Antrieb der Arbeitsleistung, nicht aber eine Identifizierung mit der Arbeit selbst.

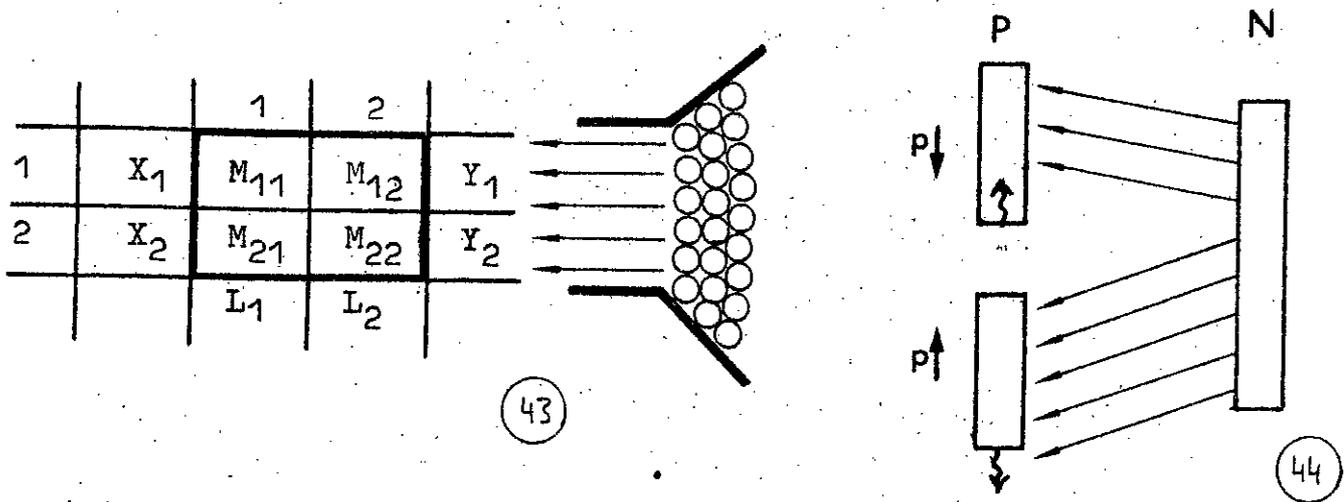
Die Lenkung der Arbeitskräfte mittels materiellem Anreiz, d.h. unter Anwendung der aktiven Rolle des Geldes, deutet insofern darauf hin, daß die Entfremdung in der Arbeit noch nicht überwunden ist, das Geld also (und damit die kaufbaren Konsumgüter) Kompensation für die im Arbeitsprozeß erfahrenen Frustrationen

bleibt. Das soll nicht heißen, daß die Lenkung von Arbeitskräften mittels Repressionen (Zwangsarbeit) sozialistischen Prinzipien mehr entsprechen würde! Gegenüber dem zwangsweisen Einsatz der Arbeitskraft (wie sie unter Stalin in der Sowjetunion eine auch quantitativ entscheidende Rolle gespielt hat) ist die Lenkung mittels Geldlohn sicherlich mit mehr individuellen Freiheiten verbunden, ohne daß deswegen die geplante Struktur der Produktion gefährdet werden muß. Dennoch müssen die Verselbständigungsgefahren gesehen werden und müßte langfristig darauf hingearbeitet werden, die primäre Motivation aus der Arbeit selbst heraus zu schaffen und nicht sekundär über das Geld. Das bedeutet, daß die Struktur des Arbeitsprozesses langfristig so

grundlegend zu verändern wäre, daß die Arbeit immer weniger als entfremdet erlebt wird. Die Veränderung in diese Richtung kann wie gesagt nur als langfristiger Prozeß verstanden: aber für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist es von entscheidender Bedeutung, daß der Prozeß sich in der angedeuteten Richtung bewegt.

7) Die aktive Rolle des Geldes am Konsumgütermarkt

Es wurde vorhin schon erwähnt, daß mit der Zahlung von Geldlöhnen automatisch auch der Anspruch auf das Konsumprodukt in Geldform, d.h. als kaufkräftige Nachfrage auftritt und daß der Anspruch global begrenzt wird durch die ausgezahlte Lohnsumme, den sog. Lohnfonds. Die zentrale Planung schafft die Möglichkeit, den Lohnfonds in der Summe in Übereinstimmung zu bringen mit der Summe der in Preisen bewerteten Konsumgüter, d.h. dem Konsumtionsfonds. Diese globale Übereinstimmung garantiert aber noch nicht, daß auch die Struktur der Nachfrage mit der Struktur der Konsumgüterproduktion (in der Matrix $Y_1 : Y_2$) übereinstimmt. Abb.44 zeigt z.B. den Fall, wo zwar die Gesamtnachfrage



nach Konsumgütern übereinstimmt mit der Preissumme der Konsumgüter, wo aber bezogen auf Y_1 ein Nachfragemangel und bezogen auf Y_2 ein Nachfrageüberhang entsteht. Diese Konstellation setzt freilich voraus, daß die Konsumenten überhaupt die Möglichkeit haben, zwischen den einzelnen Konsumgütern im Rahmen ihrer Einkommen frei zu entscheiden (Freiheit der Konsumwahl).

Ein solches Auseinanderklaffen zwischen Angebot und Nachfrage könnte zwar wiederum durch administrative Maßnahmen verhindert werden, indem die vorhandenen Konsumgüter zugeteilt werden entsprechend der Menge und der Struktur, in der so vorhanden sind (z.B. pro Kopf das gleiche Sortiment); eine derartige Lösung des Verteilungsproblems wäre denkbar, wenn es sich um die Deckung des absoluten Minimumbedarfs an Nahrung, Kleidung, Brennmaterial usw. handelt. Sobald es sich aber um die Versorgung mit darüber hinausgehenden Bedarfsgütern handelt, würde die Zuteilung des gleichen Sortiments an alle wahrscheinlich zu einem nachträglichen Tauschhandel führen, sofern die Struktur des zugeteilten Sortiments nicht mit den individuellen Bedürfnisstrukturen übereinstimmt. Ein solcher Tauschhandel wäre aber in höchstem Maße ineffektiv und umständlich. Über eine Freiheit an Konsumententscheidungen könnten hier wesentlich bessere Informationen über die Struktur der Bedürfnisse ermöglicht werden.

Wird also auf die administrative Zuteilung der Konsumgüter verzichtet und kann die Bedürfnisstruktur auch im vorhinein - trotz aller Bemühungen um eine exakte Bedarfsanalyse - nicht mit hinreichender Genauigkeit ermittelt werden, so ist ein Mißverhältnis zwischen Angebots- und Nachfragestruktur nicht von vornherein zu vermeiden. Würden unter solchen Bedingungen die Preise der Konsumgüter konstant gehalten, so entstünden bei Y_1 Absatzstockungen und entsprechend ungeplante Lagervorräte, während bezüglich Y_2 nicht alle Nachfrager bedient werden könnten. (Hier müßten irgendwelche andere Verteilungsprinzipien zum Tragen kommen, z.B. Schlangestehen nach dem Prinzip "Wer zuerst kommt, malt zuerst", oder: jeder bekommt nur einen bestimmten Prozentsatz dessen, was er eigentlich haben wollte, usw.)

Will man derartige Auswirkungen jedoch vermeiden, so kann der Preis eine regulierende Funktion bezüglich des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage einnehmen: Indem der Preis von Y_1 (p_1) herabgesetzt wird, kann u.U. mengenmäßig eine größere Nachfrage auf Y_1 gezogen werden, so daß der Aufbau von Lagervorräten vermieden werden kann. Auf der anderen Seite kann durch eine Preiserhöhung bei Y_2 die zunächst überhängende Nachfrage aufgesaugt werden, so daß keine Warteschlangen zu entstehen brauchen. Darüberhinaus würden u.U. einige Konsumenten von Y_2 abgeschreckt und ihre Nachfrage auf andere Produkte - in unserem Beispiel auf Y_1 - umlenken. Die Veränderung der Konsumgüterpreise hätte also insoweit einen lenkenden Einfluß auf die Struktur der Konsumgüternachfrage und würde die Funktion erfüllen, die Struktur der Nachfrage an die durch die Planung vorgegebene Struktur des Angebots anzupassen.

Ist deswegen die Existenz von Ware-Geld-Beziehungen auf dem Konsumgütermarkt gleichbedeutend mit kapitalistischen Strukturen? Wir müssen uns vor einem derartigen vorschnellen Urteil hüten. Es gilt vielmehr, neben bestimmten Gemeinsamkeiten auch die Unterschiede herauszuarbeiten. Gemeinsam ist beiden Systemen, daß sich über Ware-Geld-Beziehungen am Konsumgütermarkt die Individuen entsprechend den unterschiedlichen Einkommen unterschiedlichen Anspruch auf Konsum verschaffen (verknüpft mit der Problematik der materiellen Anreize als Haupttriebkraft der Arbeitsmotivation). Unterschiede liegen aber ganz klar darin, daß im sozialistischen Planungssystem nicht nur die globale Übereinstimmung zwischen Lohnsumme und Konsumtionsfonds planmäßig hergestellt werden kann, sondern daß darüberhinaus auch die Struktur der Einkommensverteilung gezielt beeinflusst werden kann. Was also schließlich als Nachfrage am Markt auftritt, ist in zweifacher Hinsicht Ergebnis eines Planungsprozesses: sowohl was global die Summe der Löhne, als auch was deren strukturelle Verteilung anbelangt. Im Kapitalismus hingegen sind beide Bereiche Ergebnis sich verselbstständigender, ungeplanter und unplanbarer Prozesse, die auch nicht mit Mitteln der Einkommens- oder Verteilungspolitik hinreichend gesteuert werden können.

Auf einen weiteren Unterschied muß unbedingt hingewiesen werden: Unter kapitalistischen Bedingungen führen - mindestens bei funktionierendem Marktmechanismus - Preiserhöhungen in der Tendenz zu verbesserten Profitmöglichkeiten und als Folge davon zu einer Ausweitung des Angebots in diesem Bereich. Bestimmte Waren, für die sich ein relativ hoher Preis erzielen läßt, werden deshalb verstärkt produziert, ohne Rücksicht auf die soziale Dringlichkeit dieser Produktion, während die Produktion anderer Waren nur deshalb unterbleibt oder zu

niedrig ist, weil sich dafür - trotz sozialer Dringlichkeit - keine hohen Preise erzielen lassen. Die Produktion wird auf diese Weise teilweise in unsoziale oder auch destruktive Bahnen gelenkt, während sozial dringliche Bereiche vernachlässigt werden. Im System direkt zentralisierter sozialistischer Planung hingegen ist die Produktionsstruktur nicht Ergebnis von Marktprozessen, sondern kann unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Bedürfnisse geplant werden. Die Übereinstimmung zwischen geplanter Angebotsstruktur und Nachfragestruktur ist dann nur noch ein Problem der Feinabstimmung. Preiserhöhungen und Preissenkungen haben insoweit zwar ihre Auswirkung auf die Struktur der Nachfrage, nicht aber automatisch auch auf die Struktur der Produktion und des Angebots. Ob in bestimmten Bereichen in Zukunft die Produktion ausgedehnt oder eingeschränkt werden soll, ist nicht Ergebnis eines blind wirkenden Prozesses, sondern kann jeweils der bewußten Planung zugeführt werden. (Wenn z.B. die Nachfrage nach Alkohol groß ist und deswegen der Preis hochgesetzt wird, muß dies nicht automatisch zu einer größeren Produktion von Alkohol führen, wenn dies z.B. unter gesundpolitischen Aspekt nicht gewünscht wird.)

(heißt)
Die Funktion der Preise - d.h. der Ware-Geld-Beziehung auf dem Konsumgütermarkt - muß also danach unterschieden, ob Preisveränderungen aktiv auf die Struktur der Konsumnachfrage einwirken, oder ob sie darüberhinaus auch die Struktur der Produktion beeinflussen (ob sie auf die Produktionsstruktur "ausstrahlen"). Im System direkt zentralisierter Planung findet eine Ausstrahlung der Preise auf die Struktur der Produktion nicht statt.

8) Zusammenfassung

"Zusammenfassend kann man sagen, daß das Geld im zentralistischen Modell eine aktive Rolle auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Konsumgütermarkt spielt, indem Sinn, daß die in ihm zum Ausdruck kommenden Größen (Löhne, Preise) die von den Subjekten der Entscheidungen (Arbeiter, Konsumenten) vorgenommene Wahl beeinflussen, und daß infolgedessen die zentrale Stufe ihre eigenen Präferenzen im Bereich der Beschäftigungs- und Konsumstruktur mittels dieser Größen realisiert." (Brus, Funktionsprobleme ..., S.119)

Bezogen auf das sowjetische System schreibt J.Kosta:

"Das sowjetische Planungssystem hat sich seit seiner Herausbildung in den 30er Jahren bis zu den Wirtschaftsreformen von 1965 in seiner zentralistischen Grundstruktur nur partiell geändert. Lediglich im Bereich der Konsumgüterversorgung und der Bestimmung des Arbeitsplatzes erfolgte eine teilweise Dezentralisierung. Die Rationierung von Verbrauchsgütern und der Zwangseinsatz von Arbeitskräften wurde mit Ausnahme der Kriegs- und Nachkriegsperiode aufgehoben, so daß sich schrittweise das Prinzip der freien Konsum- und Arbeitsplatzwahl durchsetzen konnte. Produktions- und Allokationsentscheidungen blieben jedoch zentralisiert, naturale Güterplanung hatte Vorrang vor monetären Kalkülen, die Entlohnung folgte dem Leistungsprinzip, die Entscheidungsinstitutionen blieben zentral-hierarchisch und direktorial organisiert." (J.Kosta: Sozialistische Planwirtschaft, Theorie und Praxis, Opladen 1974, S.31)

V. Informationsverzerrungen und Interessenwidersprüche im System direkt zentralisierter Planung

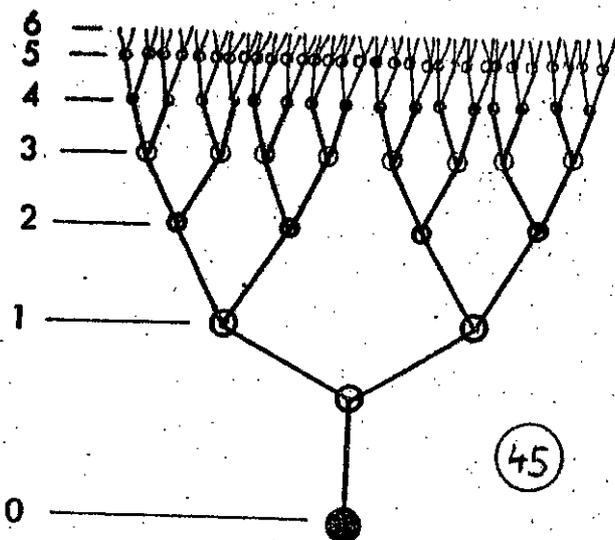
In unserer bisherigen Diskussion sind wir der Einfachheit halber zunächst davon ausgegangen, daß die Planungszentrale über sämtliche für die gesamtgesellschaftliche Planung erforderlichen Informationen verfügt und unter Verarbeitung dieser Informationen einen konsistenten Plan erstellt. Darüberhinaus war unterstellt, daß zwischen Planungszentrale und Betriebsebene keine Interessenwidersprüche bestehen, sondern daß die Betriebe die aus dem Gesamtplan sich ableitenden und von der Zentrale vorgegebenen Planaufgaben voll realisieren. Beide Annahmen können nur als erste Annäherung an die Diskussion der Planungsprobleme gelten, und wir müssen uns im folgenden mit den Problemen auseinandersetzen, die sich einerseits aus Informationsverzerrungen und andererseits aus Interessenwidersprüchen innerhalb des Gesamtsystems ergeben können. Wenden wir uns zunächst dem Problem der Informationen zu:

1) Hintergründe und Auswirkungen von Informationsverzerrungen

Zur Erstellung des Gesamtplans benötigt die Planungszentrale eine Fülle von Informationen, die sie zusammenfassen und mit entsprechenden Planungsmethoden zu einem konsistenten Gesamtplan verarbeiten muß. Dazu gehören z.B. Informationen über die branchenmäßige und regionale Struktur der vorhandenen Kapazitäten in den Betrieben, über die dort angewendeten Produktionsverfahren, über die qualifikationsmäßige und regionale Struktur der Arbeitskräfte, über die vorhandenen Bodenschätze usw.

a) Wachsender Informationsbedarf bei wachsender Komplexität

Der Informationsbedarf wächst mit der Komplexität der zu planenden Bereiche bzw. mit wachsendem Differenzierungsgrad der Produktionsstruktur. Abb. 45 soll diesen Zusammenhang noch einmal verdeutlichen:

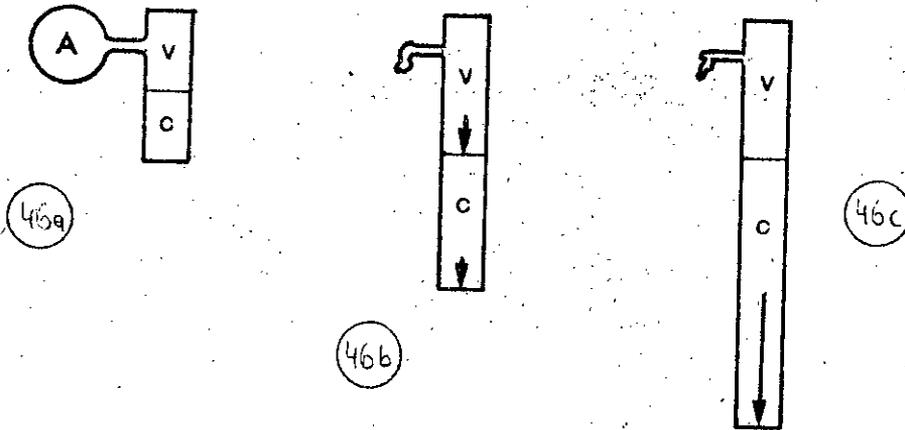


Erstreckt sich die Planung nur auf wenige grundlegende Bereiche der Wirtschaft, sei es im Bereich der Produktionsmittelindustrie, sei es im Bereich der Konsumgüterproduktion (z.B. Auffächerung bis zur Ebene 3), so sind die erforderlichen Informationen wesentlich geringer, als wenn die Produktion sich ausdifferenziert bis Ebene 6. Geht es z.B. zunächst nur um die Produktion eines Typs von Traktoren, so ist der Produktionsprozeß für die Planungszentrale relativ übersichtlich.

aa) Wachsende Komplexität durch Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum

Größere Planungsprobleme treten auf, wenn es nicht allein um die quantitative Ausweitung bisher verwendeter Produktionsmittel geht, sondern um die Einführung neuer Technologien. Aus einer Fülle alternativer Möglichkeiten gilt es dann, ein bestimmtes Sortiment von Produktionsmitteln und damit eine bestimmte Auswahl von Produktionsmethoden zu plan-

nen. Solange es sich also um ein nur quantitatives (extensives) Wachstum handelt (Abb.46a/b), ist der Planungsprozeß relativ überschaubar. In dem Moment, wo ein extensives Wachstum aufgrund der erschöpften Arbeitskraftreserven nicht mehr möglich ist, müssen - über ein verändertes Verhältnis von lebendiger zu vergegenständlichter Arbeit - technologische Neuerungen durchgesetzt werden. (Vgl. hierzu im einzelnen: B.Senf: Didaktik der Mehrwerttheorie, 2.Aufl., S.107 - 110). Das extensive Wachstum geht damit tendenziell über in ein intensives (qualitatives) Wachstum (Abb.46b/c). Entsprechend wachsen die zur Planung erforderlichen Informationen, da die Struktur der Produktion insgesamt differenzierter wird.



ab) Wachsende Komplexität durch Differenzierung im Konsum

Ähnliches gilt im Bereich der Konsumgüterproduktion. Solange es sich nur um die Herstellung der notwendigen Grundausstattung mit Massenbedarfsgütern handelt (z.B. Grundnahrungsmittel, Wohnraum, Kleidung, Minimum an Wohnungseinrichtung usw.), ist zunächst nur die Quantität zu steigern, bis die Bevölkerung mit einem Minimum versorgt ist. Je mehr aber der Grundbedarf gedeckt ist, umso differenzierter können sich die Konsumbedürfnisse entwickeln, so daß schließlich nicht mehr die Produktion nur eines Typs von Schrank oder Kleidungsstück ausreicht, sondern die unterschiedlichsten Materialien, Formen, Farben und Ausstattungen usw. pro Konsumgut hergestellt werden müßten. (Selbst wenn man berücksichtigt, daß im Kapitalismus ein Großteil der differenzierten Konsumbedürfnisse weitgehend Ergebnis von Konsummanipulation ist, wird auch unter Wegfall derartiger manipulativer Einflüsse in sozialistischen Systemen eine gewisse Differenzierung in den Konsumwünschen und eine gewisse Veränderung in den Geschmacksrichtungen nicht auszuschließen sein - zumal unter Berücksichtigung äußerer kapitalistischer Einflüsse und Konsumanreize.)

Für unseren Zusammenhang ergibt sich also, daß mit dem Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum die Alternativen in der Produktionsmittelherstellung anwachsen und mit steigendem und sich differenzierendem Konsum die Alternativen in der Konsumgüterproduktion. Kosta schreibt hierzu:

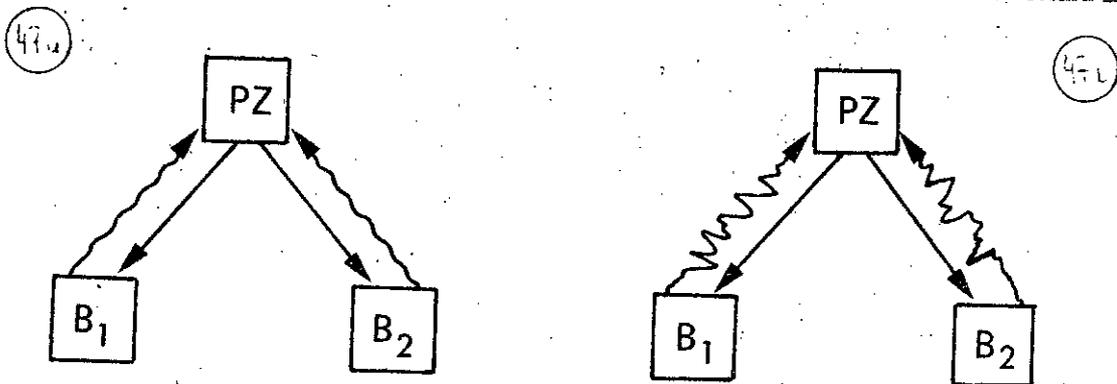
"Mit zunehmendem Reifegrad der industriellen Entwicklung erfolgt eine Differenzierung der erzeugten Produkte, steigt die Zahl der angewendeten Produktionsverfahren sowie der alternativen Möglichkei-

ten von Produktions- und Konsumtionsentscheidungen, ändern sich die Technologien und die Bedürfnisstrukturen. Die Vollendung des Aufbaus der schwerindustriellen Basis ermöglicht und erfordert eine stärkere Orientierung auf die Konsumgüterproduktion." (Kosta: Sozialistische Planwirtschaft, Opladen 1974, S.33)

Die insoweit anwachsende Informationsfülle führt nicht nur zum Problem der zentralen Informationsverarbeitung (ein Problem, das unter Einsatz von Computern zunehmend lösbar ist), sondern vor allem der Informationsgewinnung. Die zentrale Planungsinstanz ist von sich aus nicht in der Lage, alle Bereiche der Gesamtwirtschaft bis ins Detail zu übersehen, sondern sie ist vielmehr auf Informationen durch die Betriebe angewiesen (z.B. Informationen über die stoffliche Struktur der vorhandenen Kapazitäten, über alternative Produktionsverfahren, über alternative Sortimente, über die Qualifikationsstruktur der vorhandenen Arbeitskräfte, über die Produktivität und Intensität der Arbeit bzw. über Produktivitäts- und Intensitätsreserven usw).

b) Zur Bedeutung betrieblicher Informationsverzerrungen

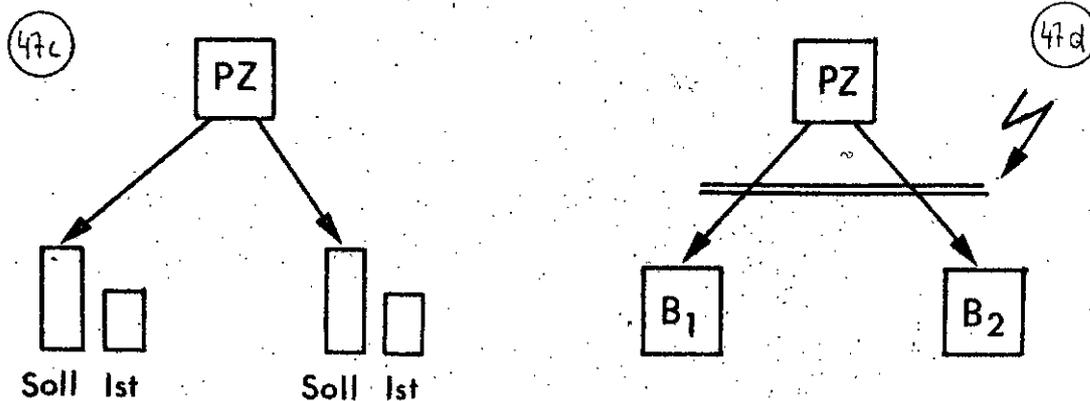
Vor allem ist die Planungszentrale auf unverzerrte Informationen aus den Betrieben angewiesen. Denn die modernsten Planungsmethoden und größten Rechnerkapazitäten für die Informationsverarbeitung und Erstellung eines konsistenten Gesamtplans sind hinfällig, wenn die in die Planung eingehenden Informationen den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entsprechend und die tatsächlichen Produktionsmöglichkeiten nicht widerspiegeln. - Die Rolle betrieblicher Informationen soll in Abb.47a,b symbolisiert werden: Im ersten Fall soll es sich um unverzerrte Informationen (Wellenlinien) handeln, im zweiten Fall um stark verzerrte Informationen (Zickzacklinien). Die Pfeile von oben nach unten symbolisieren - wie schon früher - die aus dem Gesamtplan sich ableitenden und von der Zentrale an die Betriebe geleiteten Plandirektiven.



2) Hintergründe und Auswirkungen von Interessenwidersprüchen zwischen Planungszentrale und Betriebsebene

Ein ähnliches Problem ergibt sich, wenn die Betriebe kein Interesse daran haben, die ihnen vorgegebenen Planaufgaben zu erfüllen. In diesem Fall mögen zwar die Informationen über die Produktionsmöglichkeiten zutreffend sein und es mag ein in sich konsistenter Gesamtplan vorliegen. Wenn aber die betrieblichen Teilpläne nicht in der vorge-

sehenen Weise realisiert werden, wenn es also eine Diskrepanz zwischen den geplanten (Soll) und den tatsächlichen (Ist) Größen ergibt (Abb.47c), kommt es zu Störungen im Gesamtablauf, die sich wie Kettenreaktionen fortsetzen können: Fällt z.B. die Stahlproduktion geringer aus als geplant, so kommt entsprechend die Produktion von Maschinen ins Stocken, so daß bestimmte Bereiche nicht hinreichend mit den geplanten Produktionsmitteln versorgt werden können usw. Je komplexer und in sich zusammenhängender das Gesamtsystem ist, umso empfindlicher reagiert es auf Störungen in seinen Teilbereichen. Ein mangelhaftes Interesse der Betriebe an der Realisierung der Pläne kann deswegen zu empfindlichen Produktivitätseinbußen und Stockungen im Produktionsablauf bzw. in der Versorgung führen.



Beide Erscheinungsformen, sowohl die Informationsverzerrung als auch die Nichterfüllung der Pläne durch die Betriebe, sind Ausdruck eines zugrundeliegenden Interessenwiderspruchs zwischen zentraler Instanz und Betriebsebene (in Abb.47d dargestellt durch die "Mauer" zwischen oben und unten). Hierzu schreibt Neumann:

"Beide Bereiche, das Informationsproblem und das Interessenproblem, sind eng miteinander verknüpft. Die zentrale Planbehörde ist dringend auf Informationen angewiesen, die die tatsächliche Lage widerspiegeln. Sie bekommt diese Informationen jedoch nur dann, wenn die führenden Organe der Betriebe ein Interesse daran haben, sie zu liefern. In letzter Instanz liegt also dem Informationsproblem ebenfalls das Interessenproblem zugrunde." (Ph. Neumann: Zurück zum Profit, 2. Aufl. Berlin 1974, S.93)

Da die genannten Erscheinungsformen in der Realität der sozialistischen Systeme Osteuropas (insbesondere vor der Phase der in den 60er Jahren eingeleiteten Wirtschaftsreformen) eine erhebliche Rolle gespielt haben, müssen wir die bisher unterstellte Vorstellung von einer Interessenharmonie zwischen Planungszentrale und Betrieben aufgeben zugunsten einer Diskussion möglicher Interessenwidersprüche. Wir müssen uns dabei fragen, welches die Hintergründe solcher Interessenwidersprüche sein können, wo doch der dem kapitalistischen System zugrundeliegende Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital im Sozialismus überwunden ist.

Als Merkmal der direkt zentralisierten Planung hatten wir herausgearbeitet, daß den Betrieben ein autonomer Entscheidungsspielraum nicht eingeräumt ist, sondern daß sie lediglich die Funktion haben, die zentralen Planvorgaben zu realisieren. Diese von oben nach unten ge-

richtete Planungsstruktur bringt es mit sich, daß für die unmittelbaren Produzenten innerhalb der Betriebe kein Raum bleibt für die aktive Beeinflussung des Arbeits- und Produktionsprozesses. Fehlt darüberhinaus der Überblick über die Gesamtstruktur der Wirtschaft und fehlen die Möglichkeiten, auf überbetrieblicher politischer Ebene die Richtung der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung aktiv mitzugestalten, so ist ein Desinteresse an der Arbeit die notwendige Folge. Das Unmündighalten der unmittelbaren Produzenten, die Entpolitisierung der breiten Massen sowohl innerhalb wie außerhalb des Arbeitsprozesses (charakteristisch insbesondere für die repressiven Strukturen der Stalin-Periode) bringen eine Abtötung von Initiative und Engagement mit sich und schlagen sich nieder in einer tendenziellen Verweigerung von Produktivität. Anstatt sich mit den Zielen des Gesamtplans zu identifizieren, wird dieser als etwas Äußerliches, als eine fremde, über den unmittelbaren Produzenten stehende Macht empfunden.

3) Mögliche Lösungsformen des Interessenwiderspruchs

Wie kann die Planungsbehörde das als Produktivitätsrückgang durchbrechende Symptom in den Griff bekommen? Prinzipiell sind drei unterschiedliche Wege denkbar:

- Es werden materielle Anreize zur Planerfüllung eingeführt ("ökonomistische Lösung").
- Die Produktivitätsverweigerung wird durch verschärfte Kontrollen und Repressionen sanktioniert, um auf diese Weise erhöhte Arbeitsleistung abzurufen ("repressive Lösung").
- Die Ursachen der Produktivitätsverweigerung - die Entpolitisierung der Massen - wird durch Einräumen politischer Rechte innerhalb und außerhalb des Arbeitsprozesses und durch Vortreiben politischer Bewußtseinsprozesse abgebaut ("politische Lösung").

a) Die Anwendung materieller Anreize

Wenden wir uns der ersten, der ökonomistischen Lösung zu: Um die Betriebe zur Planerfüllung zu bewegen, werden an das Mehr oder Weniger der Planerfüllung materielle Anreize in Form von Prämien (bzw. entsprechende materielle Sanktionen) gekoppelt.

aa) Zur Problematik des Kennziffernsystems

Da die Pläne in Form bestimmter Kennziffern aufgeschlüsselt sind (z.B. Stückzahl, Gewicht, Volumen, Qualitätsklasse usw.), muß die Prämie an die Realisierung einer oder mehrerer Kennziffern geknüpft werden. Probleme treten hierbei auf, wenn lediglich quantitative Kennziffern vorgegeben sind; deren Erfüllung kann umso leichter sein, je mehr die Qualität der Produkte vernachlässigt wird. (Wird z.B. bei der Produktion von Schrauben die Kennziffer "Gewicht" zugrundegelegt, so kann diese am ehesten mit großen Schrauben realisiert werden, so daß die Produktion kleinerer Schrauben vernachlässigt würde.) Ein Ausweg scheint darin zu liegen, daß neben quantitativen auch qualitative Kennziffern eingeführt werden. Die Erfahrungen haben allerdings gezeigt, daß es schwierig ist, ein in sich widerspruchsfreies System von Kennziffern zu entwickeln. Sind die Betriebe in erster Linie auf Prämien bedacht, so werden sie vordringlich diejenige Kennziffer realisieren, die sich - gemessen an der zu erwartenden Prämie - am leichtesten realisieren läßt. Dies kann in Widerspruch geraten zur Erfüllung der übrigen Kenn-

ziffern. Abb.48 will ein solches in sich widersprüchliches Kennziffernsystem symbolisieren: Die Motivation (geschlängelter Pfeil) in Bezug auf die Kennziffer K_1 sei aus den genannten Gründen größer als bezüglich K_2 und K_3 . Je näher die Lösung bei K_1 liegt, umso weiter entfernt sie sich gleichzeitig von K_2 und K_3 . - Ein konkretes Beispiel für eine derartige Orientierung führt Neumann in Bezug auf die DDR vor 1963 an:

"Der Festlegung der alten Preise lagen die Selbstkosten zugrunde, auf die ein 'normaler' Gewinn geschlagen wurde. Um möglichst hohe Preise, d.h. einen möglichst hohen Umsatz mit geringem Aufwand zu erwirtschaften, gingen die Betriebe häufig dazu über, möglichst verarbeitungsintensive und teure Materialien zu verwenden - auch da, wo das vom Produktionsablauf gar nicht nötig war. Die Selbstkosten als Basis des Gewinnaufschlags erhöhten sich jedoch und damit die Prämien, die von der Höhe des Gewinns abhingen." (Ph. Neumann: Zurück zum Profit, a.a.O. S.93) Und er schreibt weiter:

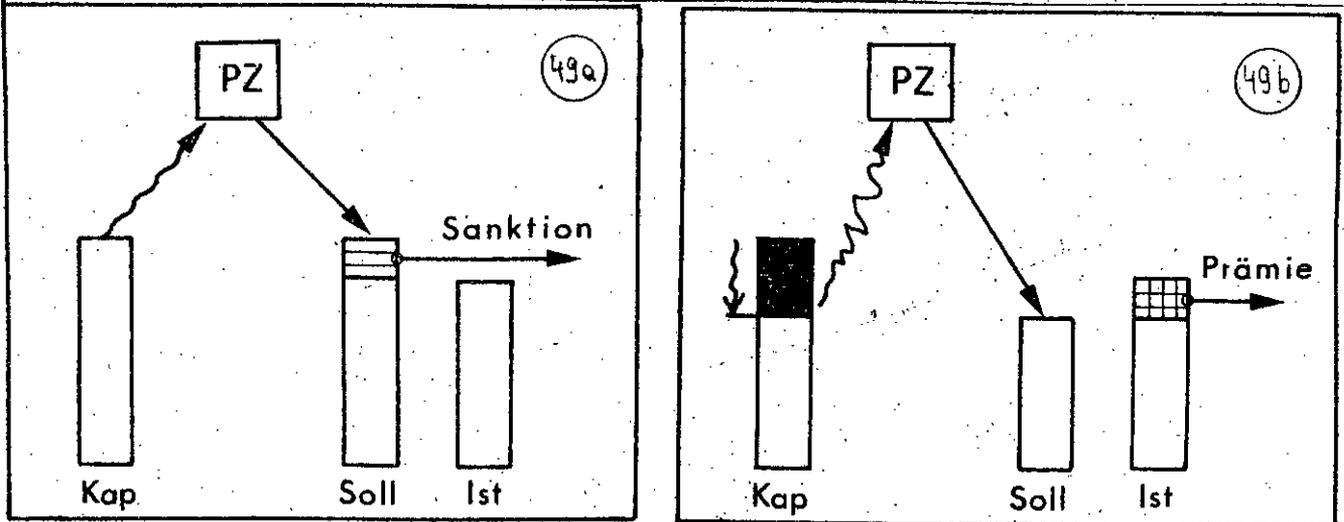
"Die vielen Mißstände lassen sich meist auf einen Punkt zurückführen: Die Betriebsleiter orientierten sich nicht an den Interessen der gesamten Gesellschaft und folglich nicht an der Produktion von Gebrauchswerten. Sie versuchten, ohne die Steigerung der betrieblichen Wertschöpfung den Gewinn durch aufgeblähte Selbstkosten zu erhöhen; sie forderten Investitionen und vermehrte Umlaufmittel an und verwendeten ihre Energie nicht auf die strenge Sparsamkeit mit den Fonds. Die VVB und Betriebe erfüllten zwar die quantitativen Kennziffern der Pläne, sie bemühten sich aber nicht um hohe Qualität der Produkte. Die Diskontinuität im Produktionsablauf macht deutlich, daß Reserven vorhanden waren, die nicht ausgenutzt wurden. Das führte zu einer Verschwendung volkswirtschaftlicher Mittel, zur Verzögerung des technischen Fortschritts und zu Disproportionen im gesamten Wirtschaftsablauf. (Neumann, S.93f.)

ab) Die Problematik der Kapazitätsverschleierung

Neben der Tendenz, sich an der am leichtesten zu realisierenden Kennziffer zu orientieren, können die Betriebe versuchen, auf die zentralen Planvorgaben selbst einzuwirken. Steht einmal das Interesse an der Prämie im Vordergrund und ist die Prämie an die Planerfüllung geknüpft, so liegt es nahe, daß die Betriebe an relativ geringen Planvorgaben interessiert sind, deren Erfüllung bzw. Übererfüllung dann umso leichter ist. Geringe Planvorgaben können sie dadurch erhalten, daß sie gegenüber den zentralen Planbehörde ihre tatsächlichen Kapazitäten verschleiern.

Abb.49a,b soll diesen Sachverhalt verdeutlichen: Der erste Block stellt diejenige Produktionsmenge dar, die unter voller Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten und vollem Einsatz der vorhandenen Arbeitskräfte hergestellt werden könnte. Würde der Planungszentrale die Information über die Kapazitäten exakt übermittelt und würde sich daraus ein Plansoll in gleicher Höhe ergeben, so würde die in Abb.49a dargestellt tatsächlich produzierte Menge (Ist) einer Nichterfüllung des Planes gleichkommen und - bei Koppelung zwischen Prämie und Planerfüllung - entsprechende materielle Sanktionen (Lohn- bzw. Prämienkürzungen) nach sich ziehen. - Verschleiert hingegen der Betrieb gegenüber der Zentrale einen Teil seiner Kapazitäten (schwarze Kapazitäten in Abb.49b) und übermittelt entsprechend verzerrte Informatio-

nen, so würde eine entsprechend geringere Planvorgabe dazu führen, daß es - bei gleicher Produktion wie in Abb. 49a - zu einer Übererfüllung des Plans und entsprechender Prämie käme (Abb. 49b). Daran wird deutlich, daß die Betriebe - einmal am materiellen Anreiz orientiert - zur Kapazitätsverschleierung, d.h. zur Informationsverzerrung gegenüber der Zentrale regelrecht motiviert werden.



Für die zentrale Planung werfen derartige Informationsverzerrungen erhebliche Probleme auf, da sie - zumal bei komplexer werdender Produktionsstruktur - die Übersicht über die tatsächlichen Produktionsmöglichkeiten verliert. Entsprechende Fehlplanungen sind die notwendige Konsequenz. Hinzukommt, daß auch ständige Planübererfüllungen nicht im Sinne einer konsistenten Gesamtplanung liegen können, da im Netz der wechselseitigen Bezugs- und Lieferverflechtungen nicht eingeplante Überschüsse gar keine planmäßige Verwendung finden können, sondern sich vielmehr nur unerwünschte Lager bilden. Es werden demnach Verhaltensweisen motiviert und prämiert, die gesamtgesellschaftlich gar nicht erwünscht sein können.

Kommt aber die Planungszentrale nicht schnell dahinter, daß die betrieblichen Informationen verzerrt sind, und kann sie nicht entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen? Schließlich muß es doch auffallen, wenn ein Betrieb jahraus jahrein ständig sein Plansoll übererfüllt. Ist das nicht ein deutliches Indiz dafür, daß die Kapazitätsangaben verzerrt waren? Und müßte bei mehrmaliger Übererfüllung das Plansoll nicht automatisch von der Zentrale höher gesetzt werden (wie in Abb. 49c dargestellt, wo die Zentrale die Planübererfüllung in der Phase t_1 zum Anlaß nimmt, um in der nächsten Phase t_2 das Plansoll entsprechend zu erhöhen). Eine solche Gegenmaßnahme wäre freilich nur kurzfristig wirksam, langfristig wird sie das Gegenteil dessen erreichen, was damit erreicht werden soll: Je mehr nämlich die Betriebe die Erfahrung machen, daß eine Erfüllung oder Übererfüllung der Pläne langfristig zu einem erhöhten Plansoll - und das heißt auch: zu erhöhter Arbeitsleistung - führt, umso mehr werden sie sich hüten, ihre Kapazitäten auch nur annähernd auszunutzen. Sie werden also nicht nur die tatsächlichen Kapazitäten gegenüber der Zentrale verschleiern, sondern auch die Produktion und das Arbeitstempo so drosseln, daß im Ergebnis nicht erkennbar, welche Produktionsreserven bei voller Arbeitsverausgabung noch vorhanden wären. Auf diese Weise erhalten die Betriebe zwar - anders als in Abb. 49c - keine Prämie, aber sichern sich ein relativ ruhiges Arbeitstempo bzw. gehen nachlässig mit Mate-